Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213 — 1920 Nr. 262

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 6.00, vierteljährlich Mk. 18.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Abend-Ausgabe — Dienstag, 22. Juni

Anzeigenpreis: Die 5gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 60 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 8,00 ℳ. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saal

Neueste Tagesnachrichten

* Geheimrat Wiedfeld als auch Dr. Melchior haben die Uebernahme des Reichswirtschaftsministeriums abgelehnt.

* Aus Konstantinopel wird berichtet, daß die nationalistischen Streikkräfte in Anatolien Boden gewinnen. Die Regierungstruppen ziehen sich in der Richtung nach Alembagh zurück.

* Einem Warschauer Telegramm zufolge sind zwischen Borissow und Bobruschk die Versuche der Bolschewisten, die Beresina zu überschreiten, mit großen Verlusten für den Feind abgeschlagen worden.

* „Petit Parisien" meldet aus London, die gefährliche Lage in Nordpersien erfordere den Rückzug aller kleinen Garnisonen behufs Konzentrierung auf Kasvin.

Die Sorgen um das neue Kabinett

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

b. **Berlin**, 22. Juni.

Der heutige Tag galt vor allem der Feststellung der Ministerliste der neuen Regierung sowie den Fraktionsberatungen. Die bisher veröffentlichten Namen von Ministerkandidaten sind zum Teil allerdings Namen von Persönlichkeiten, deren Kandidatur doch als sehr zweifelhaft bezeichnet werden muß. Als bestimmt kann angesehen werden, daß außer dem Reichskanzler Fehrenbach das Zentrum den Reichspostminister Giesberts und den Reichsernährungsminister Dr. Hermes stellen wird. Weniger sicher ist schon, ob Dr. Wirth das Reichsfinanzministerium behalten und der bisherige preußische Wohlfahrtsminister Stegerwald das Verkehrsministerium bekommen wird. Wenn auch Reichskanzler Fehrenbach und die an der Kabinettsbildung beteiligten Parteien erklärt haben, daß für die Auswahl der Minister in erster Linie der Grundsatz der fachlichen Eignung zu gelten habe, so muß doch gleichzeitig aus politischen Gründen auf eine Vertretung der Parteien in der Regierung Bedacht genommen werden, die ungefähr dem Stärkeverhältnis entspricht.

Die Demokraten werden jedenfalls das Reichsministerium des Innern durch Koch und das Reichswehrministerium durch Dr. Geßler beibehalten. Das Reichswirtschaftsministerium ist dem Direktor der Krupp-Gesellschaft, Geh. Rat Wiedfeld, angeboten worden. Dieser sowohl wie auch der Mitinhaber der Hamburger Bankfirma Warburg u. Co., Dr. Melchior, haben die Uebernahme dieses Portefeuilles abgelehnt. Es ist anzunehmen, daß es wiederum einem Vertreter der Deutschen Volkspartei angeboten wird, deren Führer für heute mittag eine Besprechung mit einigen der Parteiangehörigen, hervorragenden Persönlichkeiten aus Handel, Industrie und Verkehr, einberufen haben, um die geeigneten Kandidaten für die Wirtschaftsportefeuilles zu gewinnen

Von besonderer Bedeutung wird aber die Besetzung des Reichsministeriums des Aeußern sein. Mit dem Geschäftsführer des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Geh. Rat Simons, ist bereits Fühlung genommen worden. Simons ist, wie bekannt, ein glänzender Jurist. Er hat sich einen besonderen Namen im Kriege durch den deutsch-türkischen Handelsvertrag gemacht. In Versailles war Simons der nächste Berater des Grafen Brockdorff-Rantzau und hat sich dort als ein erfahrener Rechtspraktikant gezeigt. Gegen die Kandidatur von Simons wird aber gerade im Hinblick auf Spa Einwand erhoben, da er kein Berufsdiplomat ist, was der Reichsminister des Auswärtigen in der gegenwärtigen Zeit aber gerade sein muß. Aus diesen Gründen wird in den führenden politischen Kreisen mehr als an diesen hervorragenden Juristen an einen Berufsdiplomaten gedacht, etwa an Herrn von Rosenberg, den Gesandten in Wien, besonders aber an den Grafen Brockdorff-Rantzau, den früheren Reichsminister des Auswärtigen. Es ist zu erwarten, daß bis in die Abendstunden die Ministerliste endgültig feststehen wird.

*

Die dem Reichsministerium des Innern nahestehende Korrespondenz Dena will aus guter Quelle gehört haben, daß das Amt des Reichsverkehrsministers wahrscheinlich dem General Gröner angeboten werde, der im Kriege Chef des militärischen Transportwesens war und jetzt der Deutschen Demokratischen Partei nahesteht.

Gestern abend trat die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei zusammen, um sich mit dem Ergebnis der Verhandlungen mit den Parteien und dem Reichskanzler Fehrenbach zu beschäftigen. Als Niederschlag kann folgende offizielle Erklärung der Fraktion gelten:

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei billigte in ihrer gestrigen Sitzung einstimmig die Haltung ihrer Vertreter bei den Verhandlungen während der Regierungsbildung. Nachdem sowohl die Hinzuziehung der Sozialdemokratie als auch die Bildung einer Regierung einer nicht sozialdemokratischen Koalition gegen den Wunsch der Deutschen Volkspartei gescheitert war, ist die Bildung einer Regierung auf der Grundlage einer Koalition der Fraktion mit dem Zentrum, der deutschen Demokratie und der Bayerischen Volkspartei eine im Interesse des Landes liegende Notwendigkeit geworden. Den Beitritt zu dieser Regierungsbildung war der Fraktion nur möglich, nachdem ihr von den Beauftragten der verhandelnden Parteien in unzweideutiger Weise zugesichert war, daß der Partei eine Preisgabe ihrer Grundsätze nicht zugemutet werden würde, so daß die in dem Brief der Fraktion vom 17. Juni geforderte erste Voraussetzung für den Beitritt der Fraktion erfüllt ist. Die Fraktion hält ebenso wie die Partei an ihrer grundsätzlichen Stellung zur Frage der Staatsform fest, ist aber der Auffassung, daß der Wiederaufbau des Reiches nur durch Zusammenfassung und Einigung aller Kräfte des Volkes erfolgen kann, und daß demgegenüber der Kampf um die Frage der Staatsform zurücktreten muß.

w. **Berlin**, 22. Juni.

W. T. B. meldet:

Erst in den gestrigen Nachmittagsstunden konnte eine Einigung über die folgende Programmerklärung erzielt werden. Die dringlichste Sorge ist der Wiederaufbau des zusammengebrochenen Vaterlandes, ihn auf dem Boden der bestehenden republikanischen Staatsform tatsächlich zu fördern, ist einheitlicher und fester Wille der Regierung. Alle Parteien fordern wir auf, in einer Zeit, in der es um Leben und Sterben des Volkes geht, in der auswärtige, wirtschaftliche und finanzielle Fragen unsere gesamten Kräfte in Anspruch nehmen müssen, verfassungsrechtliche Kräfte zurücktreten zu lassen. Die Regierung wird mit Entschiedenheit alle Versuche einer gewaltsamen Umwälzung bekämpfen.

Ferner wird in dem Programm weiter ausgesprochen die politische Gleichberechtigung aller Deutschen, die Ablehnung jedes Versuches der Aufrichtung einer Klassenherrschaft oder die Bewilligung von Vorrechten an eine Klasse. Als Ziel wird die Politik der Versöhnung und des Ausgleichs auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiet hingestellt, jedem Klassen- und Rassenhaß der Kampf angesagt und bei der Besetzung der nicht rein politischen Aemter die persönliche Tüchtigkeit, nicht die Parteizugehörigkeit zur Voraussetzung gemacht. Von den Beamten wird verlangt, daß sie, auf dem Boden der Verfassung stehend, gewillt sind, in ihrer Amtstätigkeit die Regierung rückhaltlos zu unterstützen.

Der Reichstag

Der Reichstag wird, wie angekündigt, am Donnerstag nachmittags 3 Uhr zusammentreten. Da der bisherige Präsident zum Reichskanzler ernannt ist, wird die erste Sitzung durch einen der bisherigen Vizepräsidenten der Nationalversammlung eröffnet werden. Die erste Sitzung hat nur den Zweck, dem Reichstage Gelegenheit zur Konstituierung zu geben. Er wird sich dann auf Freitag vertagen. In der zweiten Sitzung wird die Wahl des Präsidenten stattfinden; außerdem dürften noch einige rein geschäftliche Angelegenheiten erledigt werden. Dann wird eine Pause bis Dienstag eintreten, um den Fraktionen Gelegenheit zu Beratungen zu geben. Erst am Dienstag wird sich das neue Kabinett offiziell mit einer Erklärung des Reichskanzlers Fehrenbach vorstellen. Am Mittwoch dürfte dann die große politische Aussprache beginnen.

Der Chef der Reichskanzlei, Staatssekretär Albert, hat infolge des Kabinettswechsels dem Reichskanzler Fehrenbach sein Amt zur Verfügung gestellt. Der Reichskanzler hat jedoch den Staatssekretär gebeten, sein verantwortungsvolles Amt fortzuführen.

Das Scheitern der Ententepolitik im Orient

b. **London**, 21. Juni.

„Daily Chronicle" berichtet: In Malta und Saloniki wurden die englischen Truppen mobil gemacht, um nach der Türkei entsandt zu werden. Zur Stunde befinden sich etwa 30 000 britische Truppen am Schwarzen Meer, wovon aber nur 10 000 Mann Engländer sind.

„Echo de Paris" meldet aus London: Die britische Regierung beschloß im Einvernehmen mit dem Parlament die Entsendung mehrerer Kriegsschiffe und irgend welcher Teile der Heimatsarmee nach dem Orient, um dem Aufstand der mohammedanisch-nationalistischen Stämme Herr zu werden. Ueber das Gebiet der Dardanellen wird durch den britischen Oberbefehlshaber die Sperre verhängt.

Der Kampf um Persien

w. **Boulogne**, 21. Juni.

Die zweite Sitzung der Konferenz von Boulogne wurde am Montag nachmittag von 4 bis 7 Uhr abgehalten. Die türkische Frage wurde in Erwägung gezogen und beschlossen, das Datum des 26. Juni, das ursprünglich für die Annahme der Friedensbedingungen festgesetzt war, aufrecht zu erhalten. Die Konferenz billigte ferner die militärischen Maßnahmen, die von den Marschällen Foch und Wilson getroffen wurden, um der Lage in der Gegend von Konstantinopel und der Meerengen entgegen zu treten. Hierauf wurde der Beschluß gefaßt, die griechischen, polnischen, portugiesischen, rumänischen, tschecho-slowakischen und jugo-slowakischen Delegierten nach Spa zu einer Besprechung der sie direkt berührenden Fragen mit den Alliierten zu berufen. Die Marschälle Foch und Wilson billigten den Text der Alliiertennote an die deutsche Regierung bezüglich der Entwaffnung und des Kriegsmaterials, sowie der bisher noch nicht vollständig durchgeführten Herabsetzung der Armee auf die im Versailler Vertrage vorgesehenen Stärke.

Teheran, 21. Juni.

In der Nacht vom 15. zum 16. Juni hat man ein gegen den Schah und mehrere Minister gerichtetes Komplott entdeckt. Es sind militärische Vorsichtsmaßnahmen getroffen.

Die neue preußische Verfassung

Von

Dr. von Kries,

Vizepräsident der preußischen Landesversammlung.

IV.

Die Stellung des Staatsministeriums in dem Verfassungsentwurf ist bedingt durch die Ablehnung des Landespräsidenten. Während das Deutsche Reich völkerrechtlich durch den Reichspräsidenten vertreten wird, soll die Vertretung des preußischen Staates nach außen dem Staatsministerium zustehen (§ 28). Das Staatsministerium hat demgemäß die vom Landtag beschlossenen Gesetze und die von ihm genehmigten Staatsverträge zu verkünden (§ 30), es ernennt die Beamten, soweit nicht das Ernennungsrecht den einzelnen Ministern oder anderen Behörden delegiert wird (§ 32), es ernennt auch die Mitglieder des Reichsrats, soweit dieselben nicht von den Provinzialverwaltungen zu bestellen sind (§ 33), es übt namens des Volkes das Recht der Begnadigung aus (§ 34), und ihm steht endlich, sofern der Landtag nicht versammelt ist, ein Notverordnungsrecht zu, das freilich an die Zustimmung des sogenannten ständigen Ausschusses des Landtages gebunden und dahin beschränkt ist, daß die Notverordnungen der Verfassung nicht zuwiderlaufen dürfen (§ 35). Alle diese Befugnisse würden, falls ein Landespräsident geschaffen werden sollte, diesem zu übertragen sein.

Die Bestimmungen des Verfassungsentwurfs über die Organisation des Staatsministeriums sind den entsprechenden Bestimmungen der Reichsverfassung nachgebildet. Das Staatsministerium ist kollegial gedacht. Der Ministerpräsident bestimmt zwar die Richtlinien der Politik, im übrigen sind aber der Ministerpräsident und die einzelnen Minister einander gleichgestellt, und jeder Minister verwaltet die Angelegenheiten seines Ministeriums selbständig (§ 27).

Aus dem parlamentorischen System folgt, daß das Staatsministerium sowie jeder einzelne Minister das Vertrauen des Landtages bedürfen. Die Vertrauensfrage kann im Landtage jederzeit im Sinne eines Urantrages oder bei jeder beliebigen Besprechung aufgeworfen werden. Der Antrag, über den frühestens am zweiten Tage nach seiner Besprechung abgestimmt werden darf, muß von mindestens 30 Abgeordneten unterzeichnet sein. Der Beschluß auf Entziehung des Vertrauens, der das Ministerium zum Rücktritt zwingt, soll nur wirksam sein, wenn mindestens die Hälfte der Abgeordneten zustimmt hat.

Ministereid (§ 36) und Ministerverantwortlichkeit (§ 38) sind verfassungsmäßig festgelegt. Der Antrag auf Erhebung der Anklage gegen einen Minister wegen schuldhafter Verletzung der Verfassung oder der Gesetze muß von mindestens 100 Abgeordneten des Landtages unterzeichnet sein und bedarf wie eine Verfassungsänderung der Zustimmung von Zweidritteln der gesetzlichen Mitgliederzahl. Die Zusammensetzung des für solche Angelegenheiten zuständigen Staatsgerichtshofes und das Verfahren bleiben der Regelung durch ein besonderes Gesetz vorbehalten.

Daß jeder Minister jederzeit von seinem Amte zurücktreten kann, ist durch § 39 des Entwurfs besonders festgelegt.

Abgesehen von den eingangs erwähnten Bedenken gegen die weitgehenden Zuständigkeiten des Ministeriums ist gegen diesen Abschnitt des Entwurfs nicht viel zu erinnern. Notwendig erscheint mir nur die verfassungsmäßige Feststellung, daß die parlamentarischen Minister ebenso wie andere parlamentarischen Funktionäre außerhalb des Beamtenkörpers des Staates stehen und auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung nur insoweit Anspruch haben, als ihnen ohne Rücksicht auf ihre Ministertüchtigkeit oder ihre Tätigkeit als sonstige Parteifunktionäre im Staatsbetriebe ein solcher Anspruch zusteht.

Ueber die Staatsbeamten bestimmt § 60 des Entwurfs, daß sie wider ihren Willen nur unter den gesetzlich vorgeschriebenen Voraussetzungen und Formen entlassen, einstweilig oder endgültig in den Ruhestand oder in ein anderes Amt mit geringerem Gehalt oder Rang versetzt werden können, daß für ihre vermögensrechtlichen Ansprüche sowie die ihrer Hinterbliebenen der Rechtsweg offen steht, daß Ruhegehalt und Hinterbliebenen-Versorgung gesetzlich geregelt werden, und daß die wohl erworbenen Rechte der Beamten unverletzlich sind.

Diese Vorschriften sind wörtlich dem Artikel 129 der Reichsverfassung entlehnt, erschöpfen aber nicht die in der Reichsverfassung enthaltenen Vorschriften über das Beamtenrecht.

Da nach Artikel 13 der Reichsverfassung Reichsrecht Landrecht bricht, so gelten, zumal in Artikel 10 Ziffer 3 die Aufstellung von Grundsätzen für das Recht der Beamten aller öffentlichen Körperschaften der Reichsgesetzgebung vorbehalten ist, die Vorschriften der Reichsverfassung über das Beamtenrecht ohne weiteres auch für Preußen, und man kann daher darüber streiten, ob eine Aufnahme dieser Bestimmungen in die preußische Verfassung notwendig ist. Ich meinerseits würde diese Frage bejahen, weil ich der Auffassung bin, daß alle Vorschriften, die die Fundamente des preußischen Staats darstellen, und dazu gehören in erster Linie auch die grundlegenden Vorschriften über das Beamtenrecht, in seinem Staatsgrundgesetz auch enthalten sein

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006222-16/fragment/page=0001

müssen. Vielleicht könnte man sogar daran denken, das Beamtenrecht der Reichsverfassung noch in diesen oder jenen Punkten in der preußischen Verfassung zu ergänzen, ohne selbstverständlich in Widerspruch mit dem Reichsrecht zu geraten. Das Verfahren aber, das bei der Aufstellung des Entwurfs beliebt ist, einige Bestimmungen des Beamtenrechts aus der Reichsverfassung zu übernehmen, andere mindestens ebenso wichtige aber — ich verweise nur auf Art. 130 der Reichsverfassung — glatt zu übergehen, muß zu Irrtümern und Mißdeutungen Anlaß geben. Dieser Abschnitt des Verfassungsentwurfs wird demgemäß wesentlich zu erweitern und im Interesse der Beamtensicherheit auszubauen sein, wobei auch der mittelbaren Staatsbeamten zu gedenken und, abgesehen von anderen notwendigen Vorschriften, die lebenslängliche Anstellung der Beamten als Grundsatz aufzustellen und die Gesinnungsfreiheit der Beamten zu schützen ist. Die Vorschrift des § 67 des Entwurfs, daß alle öffentlichen Beamten auf die Verfassung zu vereidigen sind, würde ich gern durch Formulierung des von den Beamten zu erfordernden Eides ergänzt sehen, um die Schwierigkeiten, die sich bei der Vereidigung der Beamten auf die Reichsverfassung ergeben haben, von vornherein auszuräumen.

In Abschnitt VII des Verfassungsentwurfs wird den politischen Gemeinden und Gemeindeverbänden das Recht der Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten unter der gesetzlich geregelten Aufsicht des Staates gewährleistet. Der Ausbau der Selbstverwaltung wird besonderer Gesetzgebung vorbehalten.

Wenn nicht alles täuscht, wird dieser Abschnitt des Verfassungsentwurfs die Ausschußberatungen nicht unbeanstandet passieren. Einerseits wird versucht werden, die direkte Wahl auch für Kreis- und Provinzialvertretungen verhältnismäßig festzulegen, andererseits werden sicher die Bestrebungen weiter verfolgt werden, welche in dem Gesetzentwurf über die Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände die verfassungsbebende Landesversammlung vor Jahresfrist beschäftigt haben, bis das Gesetz schließlich an Uneinigkeit im Lager der Koalitionsparteien scheiterte.

Bisher war die preußische Regierung scheinbar gewillt, für die Wahlen zu den Kreistagen und zu den Provinzialtagtagen an dem indirekten Wahlsystem festzuhalten, wofür sich gute Gründe geltend machen lassen, auch wenn man mit beiden Füßen auf dem Boden demokratischer Weltanschauung steht. Auf der einen Seite ist doch zu erwägen, daß, wenn die Wahlkörperschaften aus den allgemeinen, gleichen, direkten Wahlen hervorgehen, auch die an diesen gewählten Vertretungen doch schließlich dem Willen der Mehrheit des Volkes entsprechen müssen, ohne daß es der mit allen direkten Wahlen unausbleiblich verknüpften erneuten Erregung des Volkes und der Aufwendung neuer erheblicher Kosten bedarf. Auf der anderen Seite darf doch auch nicht außer Betracht bleiben, daß die vorbildlichen Leistungen der preußischen Kreise und Provinzen nicht zum wenigsten darauf beruhten, daß man in diesen Verwaltungen die politischen Momente eigentlich ganz auszuschalten verstand und daß das Hereintragen der Politik in die Kreis- und Provinzialverwaltungen, wie es unzweifelhaft durch das Vorschreiben des deutschen Wahlsystems für die Vertretungen der Kreise und Provinzen geschieht, sicher nicht zum Vorteil der Kreis- und Provinzialverwaltungen und ihrer kommunalen Leistungen gereichen wird. Für die Kreis- und Provinzialvertretungen halte ich das indirekte Wahlsystem auch heute noch für das richtige. Wenn aber dem sogenannten modernen Geiste auch noch dieses Opfer gebracht werden muß, wenn in Zukunft auch Kreistage und Provinziallandtage aus direkten Wahlen hervorgehen sollen, dann wird man, um das schon jetzt vielfach wahlmüde Volk nicht ganz zur Verzweiflung zu bringen, unter allen Umständen verfassungsgemäß festlegen müssen, daß all' diese Wahlen an einem Tage stattzufinden haben und daß, wenn im Einzelfalle Neuwahlen erforderlich werden, diese nur bis zu den regelmäßigen allgemeinen Neuwahlen gelten.

Was nun die sogenannten Autonomiebestrebungen anlangte, so handelt es sich, abgesehen von den Beiräten, die man den wichtigeren staatlichen Behörden zuordnen will, und die für diese Behörden gelegentlich lästig sein mögen, andererseits aber vielleicht auch ihre Vorzüge haben, vor allem um Konzessionen auf dem Gebiete des Schulunterrichts und der Sprache, sowie um Einflußnahme der Provinzialverwaltung auf die Besetzung der wichtigeren staatlichen Verwaltungsstellen der Provinz. Sonderregelungen auf dem Gebiete der Schule, bei denen die Sprachenfrage in erster Linie mit in Betracht kommt, haben selbstverständlich ihre Bedenken: Mißbräuche in gemischtsprachigen und konfessionell gemischten Gebieten liegen nahe. Auf der anderen Seite handelte es sich aber bei der Erziehung der Jugend vielfach um Fragen, die sehr vielen treuen Staatsbürgern Herzens- und Gewissenssache sind. In Fragen dieser Art wird ein bürokratisches Scheeren über einen Kamm besonders bitter empfunden. So daß eine gewisse Freiheit für provinzielle Autonomie auf diesem Gebiete sicher sehr dankbar begrüßt werden wird, und wenn es gelingt, Auswüchse von vornherein auszuschließen, auch dahin führen kann, die einer Angliederung gewisser Gebietsteile an den Gesamtstaat zu fördern. Daß eine Autonomie der Provinzen auf dem Gebiete der Schule möglicherweise durch das im Ausschuß stehende Reichsschulgesetz starken Beschränkungen unterworfen werden kann, sei hier nur angedeutet. Grundsätzlich stehe ich den Autonomieideen in dieser Beziehung wohlwollend gegenüber.

Schwieriger liegt es bei sprachlichen Konzessionen außerhalb des Schulunterrichts. Hier handelt es sich nicht allein darum, den fremdsprachigen Volksteilen den Gebrauch ihrer Muttersprache zu sichern, sondern es kommt in Frage, daß in gewissen Gegenden neben der deutschen Sprache noch eine andere Amtssprache zugelassen wird, was dann durch das Erfordernis zweisprachiger Beamten sehr weitgehende Folgen auch in finanzieller Beziehung mit sich bringen kann. Die Zulassung einer anderen Amtssprache neben der deutschen trägt die unverkennbare Gefahr in sich, daß die fremdsprachigen Volksteile sich fester in sich zusammen- und schärfer von den übrigen Volksgenossen abschließen, und so gern ich bereit wäre, auf dem Gebiete amtlicher Bekanntmachungen den Fremdsprachigen durch zweisprachige Fassung entgegenzukommen, soweit dies irgendwie verständigerweise gewünscht werden kann, so bedenklich erscheint es mir, über den Rahmen des Artikels 113 der Reichsverfassung heraus eine andere Amtssprache neben der deutschen zuzugestehen.

Ebenso wenig kann eine unmittelbare Einflußnahme der Provinzialverwaltungen auf die Besetzung der staatlichen Aemter zugelassen werden. So notwendig es ist, bei Besetzung namentlich wichtigerer Verwaltungsposten auf die Stimmung der Bevölkerung Rücksicht zu nehmen und die Auswahl der Beamten auch nach dieser Richtung hin richtig zu treffen, so ist es doch grundsätzlich etwas anderes, sich über der Hand über diese und jene Wünsche zu vergewissern, als die staatlichen Beamten mehr oder weniger auf Vorschlag der Provinzialverwaltungen zu ernennen, was den im Interesse des Dienstes notwendigen Austausch der Beamten zwischen den verschiedenen Landesteilen ganz ungemein erschweren und an Stelle einer einheitlichen staatlichen Beamtenschaft zum Schaden des Staatsganzen schließlich provinziell verschieden geartete Beamten schaffen würde.

Auf den Gebieten der Autonomiebestrebungen wird daher bei allem Entgegenkommen gegen hergebrachte provinzielle Besonderheiten doch große Vorsicht am Platze sein.

Das rote Berlin

Die Ergebnisse der Groß-Berliner Gemeindewahlen liegen nunmehr aus sämtlichen 15 Wahlkreisen vor. Danach entfielen auf die einzelnen Parteien an Stimmen:

Deutschnationale Volkspartei	203 960
Deutsche Volkspartei	267 011
Zentrum	61 247
Deutschdemokratische Partei	115 391
Wirtschaftliche Vereinigung	65 980
Sozialdemokratische Partei	439 252
Unabhängige Sozialdem. Partei	638 716
Frauenpartei	4 011
	1 792 568

Demgemäß verteilen sich die Mandate zur Stadtverordneten-Versammlung etwa wie folgt: Deutschnationale Volkspartei 25, Deutsche Volkspartei 34, Zentrum 8, Demokraten 14, Wirtschaftliche Vereinigung 8, Mehrheitssozialisten 56, U. S. P. D. 81.

Der Boykott gegen Ungarn

Wien, 21. Juni.

Der Boykott gegen Ungarn hat sich bisher infolge des Widerstandes der deutschnationalen und christlichsozialen Beamten nicht lückenlos gestaltet. So gelang es heute früh, auf der Ostbahn einen Waggon mit Post nach Ungarn zur Abfahrt zu bringen. Die Folge war, daß die sozialdemokratische Gewerkschaft die Einstellung des Personenverkehres nach Ungarn und die Suspendierung der, wie sie erklärte, den Boykott sabotierenden Beamten verlangte und mit dem Generalstreik drohte. Dem Verlangen der Suspendierung der Beamten wurde aber von der Staatsbahndirektion nicht nachgekommen, und die Forderung auf Einstellung des Personenverkehrs nach Ungarn konnten die Sozialdemokraten nicht aufrechterhalten, und ebensowenig scheint es mit der Streikandrohung ernst zu sein. Telegramm- und Fernsprechverkehr ruhen dagegen vollständig, nur staatliche Mitteilungen und Mitteilungen der ausländischen Missionen können passieren. Die meisten Linien sind durch die Anhänger des Boykotts abgeschaltet worden. Von der Amsterdamer Streikzentrale traf heute hier die Mitteilung ein, daß Deutschland und Frankreich sich dem Boykott anschließen. Dagegen wird aus Budapest gemeldet, daß der Handels- und der Postverkehr mit der Tschecho-Slowakei, Jugoslawien und Rumänien, soweit ein solcher bisher bestand, vollkommen aufrechterhalten wird.

Rußland gibt Parole für deutschen Bürgerkrieg

b. **Kowno**, 21. Juni.

Eines der Hauptorgane der Bolschewisten schreibt zu dem Ergebnis der deutschen Wahlen, daß die politischen Gegensätze in Deutschland sich verschärft haben, indem sie den beiden extremen Richtungen von rechts und links einen Erfolg brachten. Fünf Millionen Wähler hätten ihre Entscheidung für die Diktatur der Arbeiter abgegeben. Deutschland sei ohne Zweifel reif für eine revolutionäre Krise. Die Revolution müsse und werde losbrechen und die Verräter der Arbeiterschaft hinwegfegen.

Da unsere Kommunisten und Unabhängigen ihre Weisungen von Moskau empfangen, ist dieses Wort eines bolschewistischen Einpeitschungs-Organs besonders beachtenswert.

Provinz Sachsen

Die Wahlen zum Groß-Thüringer Landtag

Bei den Wahlen für den Groß-Thüringer Landtag wurden bis jetzt gewählt:

		Reichstagswahl
Deutschnationale	12 680	(15 357)
Deutsche Volkspartei	29 666	(34 101)
Demokraten	14 829	(21 039)
Mehrheitssozialisten	38 264	(40 697)
Unabhängige	34 955	(48 511)
Kommunisten	1 669	(2 810)
Landbund	39 221	(42 760)

Es fehlen noch die Resultate aus 20 kleineren Orten, die aber das Ergebnis unwesentlich beeinflussen werden.

In den Wahlen für den Landtag Reuß jüngere Linie erhielten:

Deutschnationale und Deutsche Volkspartei	30 579	(32 633)
Demokraten	8 012	(8 401)
Mehrheitssozialisten	5 570	(5 823)
Unabhängige	50 147	(52 643)

Das Zentrum hatte in beiden Wahlen Enthaltung proklamiert. Auch hier wie überall haben die Regierungsparteien die Zeche bezahlen müssen, wie das gewaltige Anwachsen der Rechten und der äußersten Linken beweisen. Ueber die Verteilung der Mandate ist noch nichts Amtliches bekannt.

tzk. **Altenburg**, 21. Juni. (Umfangreiche Schiebungen mit Heeresgut.) Die hiesige Kriminalpolizei brachte in Erfahrung, daß am Mittwoch in der Kräutrichsgasse ein Militärgeschirr mit verdächtigem Inhalt abgeladen worden sei. In dem Grundstück wohnte ein Kammerunteroffizier des hiesigen Landjägerkorps. Bei einer Haussuchung fanden die Kriminalbeamten sieben große Säcke und eine Kiste voll Militärsachen. Zur Zeit rückten die Landesjäger von hier ab. Diese Gelegenheit nutzte der unehrliche Kammerunteroffizier gründlich aus, denn in der Kaserne wurden noch für annähernd 20 000 Mark Militärkleider usw. vorgefunden, die auch von dem Unteroffizier verschoben werden sollten. Wahrscheinlich sind noch mehrere Militärpersonen daran beteiligt. Der Kammerunteroffizier wurde in Haft genommen.

— **Stendal**, 21. Juni. (Ein grausiger Mord) kam hier durch einen Zufall zutage. Auf der Bahn hielt man einen Reisekoffer an, der nach Hamburg bestimmt war, weil man eine Warenverschiebung vermutete. In dem Koffer fand sich zu aller Ueberraschung eine männliche Leiche, die als die des Gemüsehändlers Pröhl, Breitestraße 56, erkannt wurde. Pröhl ist das Opfer eines Raubmordes geworden. Die näheren Umstände haben sich noch nicht aufklären lassen.

— **Magdeburg**, 21. Juni. (Explosion von Fliegerbomben.) In der Nacht zum Sonntag explodierten in dem Munitionszerstörungswerk Rote Mühle in Burg beim Abladen von Munition 10 Flugzeugbomben. Die Arbeiter konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen.

Der Adel vom Hochstifte Merseburg

Die Familie v. Lindenau gehört dem Meißnischen Uradel an. Ihr gleichnamiges Stammhaus liegt bei Leipzig, sie ist gleichen Ursprungs mit den v. Beutscher, deren gleichnamiges Stammhaus auch bei Leipzig gelegen ist. Das gleichgeführte Wappen der beiden Sippen stellt eine entwurzelte Linde dar, deren Stamm von 8 roten Rosen besetzt wird. Die v. Lindenau führen ihr Geschlecht auf Diedericus de Lindenowe zurück, der zuerst 1182 genannt wird, während die Stammreihe mit Albrecht v. L., gestorben 1471, beginnt, er wird als Herr auf Lindenau, Machern, Polenz und anderer Rittergüter genannt. Der letzte katholische Bischof von Merseburg, gestorben 1544, dessen Wappen mehrfach am Schlosse zu Merseburg in die Erscheinung tritt, war Sigismund v. Lindenau, während Wolf von Lindenau ein eifriger Beförderer der Reformation war. Er begleitete Dr. Martin Luther auf den Reichstag zu Regensburg und starb 1530 auf dieser Reise. Johannes v. Lindau war Domdechant von Merseburg und wurde 1545 vom großen Reformator getraut. Heinrich Gottlieb v. Lindenau, geboren am 9. Juli 1729, Kurfürstl. Sächs. Geh. Rat und Oberstallmeister, wurde vom Kaiser Franz I. 1764 in den Reichsgrafenstand erhoben.

Gg. S.

Christian Ehrenfried Anton v. Ziegesar auf Schönau (bei Chemnitz), Domherr zu Merseburg und Kursächsischer Amtshauptmann, war geboren zu Schönau am 1. Januar 1747 als Sohn des Christian Adolf v. Z. und der Freiin Charlotte Elisabeth Augenbreich v. Nostitz a. d. H. Mittel-Sohland. Er vermählte sich mit Elisabeth Therese Thomasius. Seiner Ehe sind drei Söhne und vier Töchter entsprossen. — Die Familie gehört dem Märkischen Uradel an. Ihr Stammschloß Ziesar, im I. Jerichower Kreise gelegen, war schon 1359 in ihrem Besitz. Sie wird 1141 mit Hermannus de Ziesar zuerst genannt. Die Namensform wechselte zwischen Seyggero, Seyser, Sciesar, Zahgeser, Ziesar. Alte Rittergüter in der Provinz Sachsen waren Königsborn im Magdeburgischen und Sitzenroda (Kreis Torgau) 1691. Zu verschiedenen Zeiten erlangte das Geschlecht den Rang der Freiherren. — Wappen: In Silber drei nebeneinander aufrecht gestellte grüne Hanffingerblätter. Auf dem Helme: ein wachsender goldener Greif.

Gg. S.

*

Dem Geh. Regierungsrat Dr. phil. Hermann Wagner, ordentlichen Professor der Geographie an der Universität Göttingen, ist es vergönnt, am 26. Juni seinen 80. Geburtstag begehen zu können, nachdem er jetzt erst nach 40jähriger ununterbrochener Tätigkeit an der Georgia-Augusta in den Ruhestand getreten ist. Geboren 1840 in Erlangen als Sohn des Physiologen Rudolph Wagner, studierte er in Erlangen und Göttingen Mathematik und Naturwissenschaften und war nach erlangter Lehrbefähigung 1864 bis 1876 als Lehrer am Gymnasium Ernestinum in Gotha tätig. Während seiner Tätigkeit in Gotha war er 1868 bis 1876 auch Redakteur des statistischen Teils des Gothaer Almanachs und begründete 1872 mit E. Behm eine kritische Uebersicht über areal- und bevölkerungsstatistische Daten unter dem Titel „Die Bevölkerung der Erde", die er bis 1891 herausgab. 1876 wurde er zum ordentlichen Professor der Geographie an der Universität Königsberg (Pr.) ernannt, folgte aber schon 1880 einem Rufe in gleicher Eigenschaft nach Göttingen, wo er auch zum Mitgliede der Königl. Gesellschaft der Wissenschaften ernannt wurde.

Als der Jubilar seine akademische Lehrtätigkeit begann, war die geographische Wissenschaft noch nicht einmal anerkanntes Lehrfach an allen Universitäten und Hochschulen und wenn das Interesse an der Erdkunde in den 80er Jahren immer mehr zugenommen hat, so ist das nicht zum geringsten mit Wagners Verdienst. Tausende von Schülern, die zu seinen Füßen gesessen, Ungezählte, die sein „Lehrbuch der Geographie" studiert haben, sind von Wagner erst für die erdkundliche Wissenschaft gewonnen worden. Als Wagner 1881 die neue Auflage von Guthes Lehrbuch der Geographie besorgte, war es nur ein Buch von mäßigem Umfange, die 9. Auflage (zugleich die vierte der Neubearbeitung) mußte infolge des angeschwollenen Stoffes in zwei Bände geteilt werden, von denen der erste die „allgemeine Erdkunde" (1912) enthält, während der zweite der „Länderkunde von Europa" gewidmet sein soll; die erste Abteilung des zweiten Bandes, die „allgemeine Länderkunde von Europa" (1915), hat der Jubilar allein bearbeitet (für die Fortsetzung ist Prof. Max Friederichsen gewonnen worden). Wagners Lehrbuch der Geographie nimmt unter den einschlägigen Werken den ersten Platz ein.

Von den übrigen selbständig erschienenen Veröffentlichungen mögen kurz genannt sein: Wandkarte von Deutschland (seit 1874 in wiederholten Auflagen); Methodischer Schulatlas (seit 1888 in mehreren Auflagen); Die Lage des geographischen Unterrichts an den höheren Schulen in Preußen (1901); Das Samoa-Observatorium (1908). Ferner in mehreren Auflagen: Umrißkarte der Erde und Uebersichtskarten für die wichtigsten topographischen Karten Europas und einiger anderer Länder.

Möge dem Jubilar ein guter Lebensabend beschieden sein.

H. Hitlr.

— **Hochschulnachrichten.** Wie wir hören, ist für den neuerrichteten Lehrstuhl der Mathematik an der Universität Köln Prof. Dr. Ernst Fischer in Erlangen in Aussicht genommen. 1911 kam Fischer nach Erlangen als Ordinarius und Nachfolger von Erhard Schmidt. — Am 15. Juni starb der etatsmäßige a. o. Professor und Vorstand der gynäkologischen Poliklinik an der Münchener Universität Dr. med. Gustav Klein im Alter von 58 Jahren. — In der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg habilitierte sich der Oberlehrer an der Oberrealschule vor dem Holstentor Dr. Rudolf Lütgens mit einer Antrittsvorlesung über „Ziele und Wege des erdkundlichen Unterrichts in der Aufbauschule". — Ernannt wurde der bisherige o. Professor Dr. jur. Walter Merk in Rostock zum ordentlichen Professor an der Universität Marburg; ihm wurde der durch den Tod des Professors Mayer-Homberg erledigte Lehrstuhl für deutsches Recht übertragen. — Laut Verfügung der anhaltischen Regierung wurde Dipl.-Ing. Wilhelm Daebeßen als Dozent im Nebenamt für Vorlesungen und Uebungen im Werkzeugmaschinenbau an das Polytechnikum in Köthen berufen. — In Gießen verschied plötzlich Dr. phil. Friedrich Klausing, Assistent am dortigen physikalisch-chemischen Universitätsinstitut.

— **Engelbert Humperdinck** hat zu seiner letzten Spieloper „Gaudeamus" nachträglich ein neues Vorspiel für großes Orchester komponiert, welches soeben bei der Firma Adolf Fürstner in Berlin im Druck erscheint. Das Vorspiel soll nicht nur bei den weiteren Bühnenaufführungen der Oper, von denen die nächsten an den Stadttheatern in Schwerin i. M. und Kiel bevorstehen, benutzt werden, sondern wird auch an die Orchester für Aufführungen im Konzertsaal abgegeben.

— **Stadttheater.** Heute Dienstag, abends um 7½ Uhr, wird das Bühnenspiel „Die Bürger von Calais" von Georg Kaiser wiederholt. Am Mittwoch findet wegen Vorbereitung zu „Meistersinger von Nürnberg" keine Vorstellung statt. Die Mittwoch-Stammkarten gelten am Sonnabend, den 26. d. M. Donnerstag, abends 6 Uhr in neuer Einstudierung „Die Meistersinger von Nürnberg". Freitag „Emilia Galotti" von Lessing, Sonnabend, abends um 6 Uhr im Mittwoch-Abonnement „Die Meistersinger von Nürnberg". Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Flachsmann als Erzieher", Sonntag abend „Das Dreimäderlhaus". Montag „Die Afrikanerin", Dienstag, abends um 6 Uhr „Die Meistersinger von Nürnberg". Die Dienstag-Stammkarten gelten am Montag, den 25. zur Vorstellung „Die Afrikanerin".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006222-16/fragment/page=0002

pg. Jena, 21. Juni. (Die traditionelle Preisverteilung der Universität Jena), die alljährlich mit großem Pomp und im Rahmen akademischer Gebräuche vor sich geht, wurde in diesem Jahre nicht wie bisher in der Universitäts- bzw. Kollegienkirche, sondern in der weit größeren Stadtkirche abgehalten. Die studentischen Korporationen waren wieder in Wichs mit ihren Fahnen erschienen und gaben der Feier ein ganz besonderes farbenprächtiges Bild. Der Rektor und die Dekane der Fakultäten hatten ihr buntes Amtskolar an. Unter den Anwesenden bemerkte man unter anderem Staatsrat Dr. Paulsen mit anderen höheren Staatsbeamten. Der Rektor der Universität, Geheimrat Professor Dr. Linck, der Ordinarius für Geologie an der hiesigen Universität hielt nicht dem alten Herkommen gemäß einen Vortrag aus seinem Fachgebiete, sondern er sprach über das hochaktuelle Thema: „Die Universität im Wesen unserer Zeit". Diese Rede war in erster Linie eine Schilderung der Geistesströmungen unseres Vaterlandes in verschiedenen Jahrhunderten. Der Rektor verschwiegen dabei nicht, die schweren Angriffe zurückzuweisen, die von seiten der linksstehenden Parteien unserer Hochschule gemacht worden sind. Er nahm dabei die Universität in Schutz. Von den Preisaufgaben hatte nur die Preisaufgabe der Thüringer Städtejubiläumsstiftung, die ein juristisches Thema behandelte, Bearbeitung gefunden. Nach dem Spruch der Fakultät war die Aufgabe vollkommen gelöst worden und als eine hervorragende Arbeit anerkannt. Bei dem Oeffnen des Kuverts ergab es sich, daß der Bearbeiter der Aufgabe der stud. jur. Munzer aus Lehesten war. Nachdem der Rektor die neuen Aufgaben bekannt gemacht und er weiter die Chronik des letzten Studienjahres verlesen hatte, wurde die Feier geschlossen.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Die Lage des Eisengroßgewerbes

Geheimrat Beukenberg, Generaldirektor des Phönix, hat die allgemein interessierende Frage, ob der bereits eingetretenen Herabsetzung der Eisenpreise weitere Preisabschläge folgen werden, bejaht, mit dem Vorbehalt jedoch, daß ein erheblicher Teil des außergewöhnlich großen Bedarfs nicht befriedigt werden kann, so daß Preisherabsetzungen größeren Umfanges kaum eintreten dürften. Dabei spricht auch die Kohlenversorgung mit, die mit dem Einsetzen der Lieferungsverpflichtungen an die Entente ab 1. Juni in ein besonders kritisches Stadium getreten ist. Betreffs der Erzversorgung, die sich infolge der eingetretenen Valutabesserung billiger stellt, ist die Eisenindustrie nach wie vor wesentlich auf Schweden angewiesen; es kommt darauf an, ob die in den dortigen Erzgruben drohende Streikgefahr abgewendet werden kann. Eine sehr schwere Gefahr erblickt Geheimrat Beukenberg in der Verteuerung des Wasser- und Bahnfrachtverkehrs; weitere Steigerungen müßten geradezu verhängnisvoll wirken. Günstiger würden die Aussichten für den Absatz im Auslande, da eine Anzahl von Staaten in der Hauptsache auf die deutschen Erzeugnisse angewiesen ist, sich gestalten können, wenn nichtsteht, nach dem die soziale Ausfuhrabgabe mit Mühe und Not abgewendet ist, die Gefahr einer allgemeinen Ausfuhrabgabe droht, die, wie infolge des Steigens der deutschen Inlandspreise bis an die Weltmarktspreise und teilweise darüber hinaus, die Dinge liegen, gleich einer Ausfuhrsperre wirken müßte. Endlich ist ein entscheidendes Moment die Höhe des Arbeitslohnes. Die deutsche Eisenindustrie kann ihre frühere Wettbewerbs- und Absatzfähigkeit auf dem Weltmarkt nur dann wieder erlangen, wenn die Preise unter den Weltmarktpreisen bleiben. Dazu ist unerläßlich, daß die Löhne dem Beispiel der Preissenkung für Kohlen und Eisen folgen und damit den Weg frei machen für einen allgemeinen Abbau des Preisniveaus.

Der Abschluß der Darmstädter Bank (Bank für Handel und Industrie) ist neulich von uns veröffentlicht worden. Heute bringen wir die genauen Abschlußziffern in unserem Anzeigenteil, worauf wir unsere Leser aufmerksam machen.

Verband mitteldeutscher Holzstoffabriken. Mit dem Sitz in Oker am Harz wurde der Verband mitteldeutscher Holzstoffabrikanten gegründet, dem eine Verkaufsstelle zum Vertrieb des von den Mitgliedern erzeugten Holzstoffes angegliedert ist, die am 1. Juli die Tätigkeit aufnimmt.

Ausfuhrbewilligung für Holz. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat das Nadelschnittholz-Ausfuhrkontingent für die Monate Juli bis September auf 180 000 Kubikmeter bemessen und darüber hinaus bewilligt: 10 000 Festmeter Flußholz, 10 000 Festmeter Nadelrundholz für deutsche Baufirmen, die sich im Auslande betätigen, und 10 000 Kubikmeter Spundbohlen. Das Laubholz-Ausfuhrkontingent ist bis Ende September auf 10 000 Kubikmeter bemessen; Rundholz soll nur ausnahmsweise freigegeben, der inländische Bedarf muß jedenfalls berücksichtigt werden. Das Ministerium behält sich die Ausfuhrgenehmigung für folgende Sortimente besonders vor: 1. Grubenholz, 2. Papierholz, 3. Brennholz, 4. Schwellenholz, 5. Telegraphenstangen und Masten, 6. ausländische Edelhölzer, 7. Furniere.

Verantwortlich: Helmut Böttcher.

Bank für Handel und Industrie
(Darmstädter Bank).

Bericht über das 67. Geschäftsjahr 1919.

Das Uebergangsjahr 1919, in welchem die Weltwirtschaft Störungen ausgesetzt war, deren Wirkungen auf die Zukunft sich noch nicht im entferntesten abschätzen lassen, brachte besonders in seiner zweiten Hälfte unserer Bank eine große Tätigkeit in allen Zweigen des Geschäfts. Das erzielte Roherträgnis übertrifft dasjenige aller früheren Jahre um ein bedeutendes und setzt uns in die Lage, trotz der ungeheuer gesteigerten Unkosten bei sorgfältigster Bilanzierung aller Risiken, unseren Aktionären die Ausschüttung einer gegen das Vorjahr um 2% erhöhten Dividende vorzuschlagen, nachdem 3 000 000.— M. den offenen Reserven und 2 000 000.— M. einem Fonds zugeführt sind, der uns in den Stand setzen soll, die Bezüge unserer Altpensionäre in Zeiten der Teuerung zu ergänzen. Wie unser Gewinn- und Verlust-Konto zeigt, sind lediglich die Erträgnisse des laufenden Geschäfts ausgewiesen, während die Gewinne aus Effekten und Finanzoperationen wie in den Vorjahren zu Abschreibungen benutzt wurden.

Die Erhöhung der Unkosten beruht auf den im letzten Jahresbericht ausführlich dargelegten Gründen; angesichts der immer wachsenden Teuerung hat sie einen Umfang angenommen, der alle Voreinschätzung bei weitem übertrifft. Im neuen Jahr hat diese Bewegung noch in verstärktem Maße angehalten.

Unsere Bilanz spiegelt die lebhafte Geschäftstätigkeit wieder: auf der Passivseite zeigt sie den fast ununterbrochen stark gebliebenen Zustrom fremder Gelder, auf der Aktivseite in der bedeutenden Erhöhung der Posten „Vorschüsse auf Waren und Warenverschiebungen" und „Debitoren in laufender Rechnung" das wachsende Kreditbedürfnis unserer Kundschaft, welches das nach Kriegsende erwachende Wirtschaftsleben hervorrief. Im Zusammenhang hiermit steht die Erhöhung unserer Akzeptverbindlichkeiten; das Aval-Konto hat aus den im Vorjahre dargelegten Gründen eine weitere sehr erhebliche Steigerung erfahren.

Das Netz unserer Zweiganstalten haben wir unserem Programm gemäß weiter ausgebaut. Neben den im Vorjahrsbericht bereits erwähnten im Jahre 1919 zur Eröffnung gelangten Tochteranstalten in Cöln, Dresden, Fulda, Crossen (Oder), Gera (Reuß), Göppingen, Limburg (Lahn) und Weilburg errichteten wir im Berichtsjahre eine Filiale in Aachen, Niederlassungen in Kreuznach, Wetzlar und Worms, Zweigstellen in Bad Nauheim und Zülichau, sowie Depositenkassen in Berlin-Weißensee und in Cuxhaven (Abteilung Fischereihafen). Wir können mit Genugtuung feststellen, daß unsere in den letzten Jahren begründeten Tochteranstalten sich zur Zufriedenheit entwickeln und dank der Zeitverhältnisse teilweise bereits in bedeutendem Maße zu dem erzielten Gewinn beigetragen haben.

Im laufenden Jahre eröffneten wir Filialen in Elberfeld, Duisburg, Chemnitz, Niederlassungen in Bielefeld, Bonn, Zweigstellen in Wald (Rhld.), Tegernsee, Bad Salzschlirf, Friedberg (Hessen), sowie je eine Depositenkasse in Frankfurt a. M. und München. Weitere Tochteranstalten sind in Vorbereitung.

An der Firma Otto Hirsch & Co. in Frankfurt a. M. haben wir uns mit einer Kommanditeinlage beteiligt.

Das Konto „Bankgebäude" erhöhte sich durch den Ankauf von passenden Grundstücken in Aachen, Fulda, Gera, Kreuznach, Pforzheim, Schweinfurt und Zeitz; ferner erwarben wir in Leipzig und Nürnberg Grundstücke zur Erweiterung unserer dortigen Bankgebäude. Um eine Ausdehnung unserer Berliner Bureauräume zu ermöglichen, sicherten wir uns maßgebenden Einfluß auf eine Aktiengesellschaft, der die Grundstücke Werderscher Markt Nr. 7, 8, 9, 10 und Werder-Straße Nr. 7 gehören.

Die Ausdehnung unserer Geschäfte läßt uns die Erhöhung unseres Aktienkapitals um 60 000 000.— M. als geboten erscheinen, welche wir der Generalversammlung in Vorschlag zu bringen beabsichtigen. Da durch die Kapitalvermehrung eine Statutenänderung notwendig wird, scheint es uns angezeigt, die Gelegenheit zu benutzen, um unseren Satzungen eine überholte Bestimmungen beseitigende und der Entwicklung der Zeitverhältnisse besser entsprechende Fassung zu geben.

Für unseren Gewinnverteilungsvorschlag ergibt sich folgende Berechnung:

Der Bruttogewinn beläuft sich (einschließlich des Vortrages von 577 927,88 M. aus dem Jahre 1918) auf		M. 85 721 593,57
davon ab:		
a) Geschäftsunkosten . . .	M. 54 647 276,99	
b) Steuern	„ 6 135 529,38	
c) Abschreibungen auf Immobilien und Mobilien .	„ 3 678 581,56	
d) Rückstellung für die Talonsteuer	„ 384 000,—	„ 64 845 387,93
		M. 20 876 205,64
Wie oben gesagt, beantragen wir zuzuführen: der besonderen Reserve . . .	M. 3 000 000,—	
und einem Rückstellungskonto zur Aufbesserung der Bezüge der Altpensionäre	„ 2 000 000,—	„ 5 000 000,—
		M. 15 876 205.64
davon sind zu zahlen die Tantieme des Vorstandes, des stellvertretenden Vorstandes und der am Reingewinn der Bank beteiligten Direktoren . . .		M. 1 935 429—
die satzungsgemäßen Tantiemen für den Aufsichtsrat (8% der 6 400 000,— M. betragenden Superdividende)	„ 512 000,—	„ 2 447 400,—
verbleibt ein Ueberschuß von		M. 13 428 805,64
aus welchem die beantragte Dividende von 8% zu entnehmen ist mit		„ 12 800 000,—
während der Rest von		M. 628 805,64
auf neue Rechnung übergeht.		

Es würden somit 80,— M. auf die Aktien von 1000,— M. und 34,28 M. auf die Aktien von fl. 250,— zur Verteilung kommen.

Zu einzelnen Posten unserer Bilanz haben wir noch folgende Erläuterungen zu geben:

Grundkapital und Reserven.

Das Grundkapital setzte sich am Anfang des Berichtsjahres 1919 zusammen aus 3689 Stück Aktien à fl. 250,— = nom. 1 581 000,— M. und aus 158 419 Stück Aktien à 1000,— M. = nom. 158 419 000 M. Im Jahre 1919 haben Inhaber von alten Guldenaktien von der Befugnis, dieselben in Aktien à 1000.— M. umzutauschen, zu einem Betrage von 42 Stück = nom. 18 000,— M. Gebrauch gemacht.

Das gesamte Grundkapital bestand sonach Ende 1919 aus:

3 647 Aktien à fl. 250,— . . .	= nom. M.	1 563 000,—
158 437 „ à M. 1000,— . .	= nom. M.	158 437 000,—
	zusammen nom. M.	160 000 000,—

Die Reserven unseres Instituts werden sich nach Genehmigung der Gewinnverteilung durch die Generalversammlung per 31. Dez. 1919 wie folgt stellen:

1. Die Allgemeine Reserve (gesetzliche Reserve, gemäß § 262 HGB.) beziffert sich auf	M. 19 000 000,—
2. Die Besondere Reserve (früher Hauptreserve) beträgt	„ 16 000 000,—
zusammen M.	35 000 000,—

Konsortialbeteiligungen.

Von den vor dem Jahre 1919 eingegangenen Geschäften sind unter anderen die folgenden abgewickelt und die darauf bis zum Schluß des Jahres 1919 zur Ausschüttung gelangten Gewinne verrechnet worden:

Aktien der Bären- und Eckenbüttner Bräu Aktiengesellschaft, Deutsch-Südamerikanischen Telegraphengesellschaft, Ostbank für Handel und Gewerbe, Ostelbischen Spritwerke Aktiengesellschaft, Anteile der Lenz & Co. G. m. b. H., 5% Bosnisch-Hercegowinische Landesanleihe von 1914.

Die größeren Finanzoperationen, an denen wir im Jahre 1919 durch Uebernahme oder Beteiligung interessiert waren, sind im wesentlichen die folgenden:

Aktien der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation, Archimedes Aktiengesellschaft für Stahl- und Eisenindustrie, J. P. Bemberg Aktiengesellschaft, Berlin-Gubener Hutfabrik Aktiengesellschaft vorm. A.Cohn, Brauerei Gebr. Dieterich Aktiengesellschaft, Chemische Fabrik Griesheim-Elektron, Deutsche Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien, Deutsche Wollenwarenmanufaktur Aktiengesellschaft, Eisenhüttenwerk Thale Aktiengesellschaft, Engelhardt Brauerei Aktiengesellschaft, Holland'sche Credietbank, Eduard Lingel Schuhfabrik Aktiengesellschaft, Ludw. Loewe & Co. Aktiengesellschaft, Hermann Meyer & Co. Aktiengesellschaft, Oberschlesische Eisenbahn-Bedarfs-Aktiengesellschaft, Rheinische Aktiengesellschaft für Braunkohlenbergbau & Brikettfabrikation, Sächsische Webstuhlfabrik vorm. Louis Schönherr, Veithwerke Aktiengesellschaft, Bank für Industriewerte Aktiengesellschaft, Erfurter Mechanische Schuhfabrik Aktiengesellschaft, Heldburg Aktiengesellschaft für Bergbau, bergbauliche und andere industrielle Erzeugnisse (Umwandlung in Vorzugsaktien), Gründung der Reichsanleihe Aktiengesellschaft, Deutsche Spar-Prämien-Anleihe, 4½ % Hamburger Staatsanleihe von 1919, 4 % Oldenburger Staatsanleihe von 1919, 4 % Sächsische Staatsrente von 1919, 4 % Schlesische Communal-Anleihe von 1919, 4 % Darmstädter Stadtanleihe von 1919, 4 % Dresdner Stadtanleihe von 1919, 4 % Düsseldorfer Stadtanleihe von 1919, 4 % Flensburger Stadtanleihe von 1919, 4 % Anleihe von 1919 der Stadt Furt a. M., 4 % Mülheimer Stadtanleihe von 1919, 4½ % Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft Obligationen, 4½ % AEG. Schnellbahn-Obligationen, 4½ % Archimedes Aktiengesellschaft für Stahl- und Eisenindustrie Obligationen, 4 % Große Berliner Straßenbahn Obligationen, 4½ % Gebr. Böhler & Co. Obligationen, 4½ % Große Casseler Straßenbahn Obligationen, 4½ % Concordia Bergbau Aktiengesellschaft Obligationen, 4½ % Ermemann-Werke Aktiengesellschaft Obligationen, 4½ % Freiberger Papierfabriken Obligationen, 4½ % Hessische Eisenbahn Aktiengesellschaft Obligationen, 4½ % Lechwerke Aktiengesellschaft Obligationen, 4½ % Ludw. Loewe & Co. Aktiengesellschaft Obligationen, 4½ % Mainkraftwerke Aktiengesellschaft Obligationen, 4½ % Oberschles. Eisenbahn-Bedarfs-Aktiengesellschaft Obligationen, 4½ % Phönix Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb Obligationen, 4½ % Rheinische Stahlwerke Obligationen, 4½% Schlesische Electrizitäts- und Gas Aktiengesellschaft Obligationen, 4½ % Hugo Schneider Aktiengesellschaft Obligationen, 4½ % Ges. für Teerverwertung m. b. H. Obligationen, 4½ % Thüringer Elektrizitätslieferungs Gesellschaft Obligationen.

Dauernde Beteiligung bei anderen Banken und Bankfirmen.

Die unter obiger Ueberschrift laufenden Engagements beziffern sich Ende 1919 auf:

5 936 248,42 M. Aktien von Banken,	
2 635 180,50 M. Kommanditistische Beteiligung bei Bankgeschäften	
8 571 428,92 M.	

Bankgebäude

Dieses Konto umfaßt unsere Bank-Grundstücke und Gebäude (einschließlich Mobiliar und Einrichtung) in Berlin, Darmstadt, Aachen, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Fulda, Halle a. S., Hamburg, Hannover, Leipzig, Mannheim, München, Nürnberg, Stettin, Trier, Bamberg, Frankfurt a. O., Freiburg (Breisgau), Gera (Reuß), Kreuznach, Neustadt (Haardt), Pforzheim, Quedlinburg, Schweinfurt, Zeitz, Breslau, Beuthen, Gleiwitz, Görlitz, Hirschberg i. Schl., Kattowitz, Oppeln und Ratibor, welche unter Berücksichtigung der bisherigen und der per 31. Dezember 1919 vorgenommenen Abschreibungen mit . . . . . M. 28 972 621,08

abzüglich Hypotheken und Restkaufgelder auf Berlin, Werderster Markt 2—4, Schinkelplatz 5, Niederlagstraße 4—5, auf Stettin, Mönchenstraße 31, auf Trier, Johann Philippstraße 6, auf Breslau, Ohlauerstraße 85 und Pforzheim, Westliche Karl Friedrichstraße 88 im Gesamtbetrage von . . . . . „ 1 479 000,—

d. h. per Saldo mit . . . . . M. 27 493 621,08

in der vorliegenden Bilanz erscheinen.

Zweiganstalten.

Unser Institut besitzt neben seinen Hauptsitzen in Berlin und Darmstadt Zweiganstalten in folgenden Städten, und zwar:

Filialen in: Aachen, Augsburg, Braunschweig, Breslau, Chemnitz, Dortmund, Dresden, Duisburg, Düsseldorf, Elberfeld, Frankfurt a. M., Fulda, Halle (Saale), Hamburg, Hannover, Köln a. Rh., Leipzig, Mainz, Mannheim, München, Nürnberg, Stettin, Straßburg i. Els., Stuttgart, Trier, Wiesbaden Würzburg.

Niederlassungen in: Amberg (Oberpfalz), Aschaffenburg, Bamberg, Bensheim a. d. Bergstraße, Beuthen O.-S., Bielefeld, Bingen a. Rh., Bonn, Cottbus, Crossen a. O., Cuxhaven, Forst (Lausitz), Frankfurt a. O., Freiburg (Breisgau), Fürth i. B., Gera (Reuß), Gießen, Glatz, Gleiwitz, Göppingen, Görlitz, Greiz i. V., Guben, Heilbronn a. N., Hindenburg O.-S., Hirschberg (Schlesien), Jauer, Kattowitz O.-S., Kehl a. Rh., Kreuznach, Landau (Pfalz), Leobschütz, Limburg (Lahn), Ludwigshafen a. Rh., Neustadt (Haardt), Neustadt O.-S., Offenbach a. M., Oppeln, Passau, Pforzheim, Pirmasens, Quedlinburg, Ratibor, Rybnik, Schweinfurt, Wetzlar, Worms, Zeitz.

Zweigstellen in: Alsfeld (Hessen), Bad Nauheim, Bad Salzschlirf, Biebrich a. Rh., Butzbach, Friedberg i. H., Greifswald, Herborn (Dillkr.), Kreuzburg O.-S., Lauban (Schlesien), Michelstadt i. O., Myslowitz, Pasewalk, Prenzlau, Sangerhausen Senftenberg i. L., Sorau N.-L., Sprembeg N.-L., Stargard i. P., Tegernsee, Wald (Rhld.), Weilburg (Lahn), Zülichau.

Depositenkassen in: Berlin undOrorten (31), Breslau (7), Cuxhaven (1), Darmstadt (1), Dresden (1), Frankfurt a. M. (5), Hannoveer (1), Leipzig (6), München (4), Stettin (1), Stuttgart (1).

Der Vorstand.

Durch den von uns bestellten Ausschuß ist die in den Anlagen dieses Berichts wiedergegebene Bilanz sowie die Gewinn- und Verlust-Rechnung eingehend geprüft worden; wir finden dagegen nichts zu erinnern und erklären uns mit dem vorstehenden Bericht des Vorstandes, dem wir nichts hinzuzufügen haben, in allen Teilen einverstanden.

Der Aufsichtsrat

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006222-16/fragment/page=0003

GDA

F. NEUMANN-NEUSS

Gemeinschaft Deutscher Automobilfabriken

(N·A·G — HANSA-LLOYD — BRENNABOR)

Berlin N.W. 7, Sommerstrasse 6

GDA Niederlassung: Magdeburg, Kaiserstrasse 15.

Bank für Handel u. Industrie.

67. ordentliche Generalversammlung.

Wir beehren uns, unsere Aktionäre nach §§ 24 bis 27 der Satzung zu der **am Freitag, den 16. Juli d. Js., nachmittags 3½ Uhr** in unserem Geschäftslokale zu **Darmstadt** stattfindenden siebenundsechzigsten ordentlichen Generalversammlung mit folgender Tagesordnung einzuladen:

1. Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats über das Geschäftsjahr 1919.
2. Genehmigung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Gewinnverteilung.
3. Erteilung der Entlastung an die Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrats.
4. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern.
5. Beschlußfassung über die Genehmigung der Erhöhung des Grundkapitals von M. 160 000 000.— auf M. 220 000 000.— durch Ausgabe von 60 000 auf den Inhaber lautenden Aktien über je M. 1000.— mit Dividendenberechtigung ab 1. Juli 1920 unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre.
   Beschlußfassung über die Bedingungen für die Ausgabe der jungen Aktien.
6. Abänderung der Satzung der Gesellschaft durch
   a) Aenderung der Fassung der §§ 3, 4, 7, 9, 10, 16, 17, 18, 19, 22, 25, 26, 31.
   b) Verschmelzung der §§ 1 und 2 Satz 1 und 2 Halbsatz 1; 5 und 6 Abs. 3; 16 und 17; 24 und 25 sowie der verschiedenen Absätze des § 31 und Eingliederung des § 20 Abs. 3 in den vierten Abschnitt der Satzungen.
   c) Streichung der §§ 2 Satz 2 Halbsatz 2 und 3; 3 Abs. 2 Halbsatz 2; 6 Abs. 1 und 2; 7 Abs. 1, 2 Halbsatz 2 und Abs. 4; 8; 10 Abs. 2—5; 14; 15; 16 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 und 3; 17 Satz 1 und 3; 18 Satz 3—6; 20 Abs. 2; 21 Abs. 4, mit Ausnahme von Satz 1, Halbsatz 1; 24 Abs. 1, 3 und 4; 29 Abs. 2 Satz 2; der Worte „in Darmstadt" in § 30 Abs. 1; 31 Abs. 3 Satz 2 und 3.
   d) Abänderung von
   § 5 durch Einfügung gesetzlicher Vorschriften und Festsetzung der Einzahlungstermine bei Erhöhung des Grundkapitals;
   § 7 durch Neuregelung der Dauer der den Aktien beizugebenden Gewinnanteilscheine;
   § 9 durch Hinzufügung einer Bestimmung über die Gewinnanteilscheine der für kraftlos erklärten Aktien;
   § 13 durch Ausbau des Vollmachtswesens und der Bestimmungen über die Vertretung der Gesellschaft;
   §§ 16 und 17 durch Einführung des vierjährigen Turnus bei Erneuerung des Aufsichtsrats;
   § 19 durch Neuregelung der sofortigen Einberufung einer Sitzung des Aufsichtsrats:
   § 23 durch anderweitige Bestimmung über die feste Vergütung und den Gewinnanteil der Aufsichtsratsmitglieder sowie durch Hinzufügung einer Bestimmung über die Tantiemesteuer;
   § 24 durch Neuregelung der Teilnahme und Abstimmung in der Generalversammlung;
   § 25 durch Neuregelung der Vertretung von abwesenden Aktionären in der Generalversammlung und der diesbezüglichen Vollmachten;
   § 30 durch Ergänzung der Vorschriften über Einberufung einer ausserordentlichen Generalversammlung;
   § 31 durch Verlängerung der Frist zur Vorlage der Bilanz;
   § 32 durch anderweitige Bestimmungen über Verwendung des Reingewinnes;
   § 36 durch Zusatzbestimmung betr. die Wahl der Liquidatoren.
7. Genehmigung der in Gemässheit des Punkt 6 der Tagesordnung abgeänderten Satzung durch die Generalversammlung.

Die Hinterlegung der Aktien bezw. des ordnungsmäßigen Hinterlegungsscheines eines deutschen Notars, der Reichsbank oder der Bank des Berliner Kassen-Vereins in Gemäßheit des § 24 der Satzung hat spätestens am **12. Juli d. Js.** während der üblichen Geschäftsstunden zu erfolgen und zwar entweder bei den Niederlassungen unseres Instituts in **Berlin, Darmstadt, Aachen, Alsfeld, Amberg, Aschaffenburg, Augsburg, Bad Nauheim, Bamberg, Bensheim, Beuthen Ober-Schl., Biebrich a. Rhein, Bielefeld, Bingen a. Rhein, Bonn, Braunschweig, Breslau, Butzbach, Chemnitz, Cottbus, Crossen a. Oder, Cuxhaven, Dortmund, Dresden, Duisburg, Düsseldorf, Elberfeld, Forst N.-L., Frankfurt a. Main, Frankfurt a. Oder, Freiburg i. B., Friedberg (Hessen), Fulda, Fürth (Bayr.), Gera, Gießen, Glatz, Gleiwitz, Göppingen Görlitz, Greifswald, Greiz, Guben, Halle a. S., Hamburg, Hannover, Heilbronn a. N., Herborn, Hindenburg O.-Schl., Hirschberg (Schl.), Jauer, Kattowitz, Kehl, Köln, Kreuzburg O.-S., Kreuznach, Landau (Pfalz), Lauban (Schl.), Leipzig, Leobschütz, Limburg (Lahn), Ludwigshafen a. Rh., Mainz, Mannheim, Michelstadt i. O., München, Myslowitz, Neustadt, (Haardt), Neustadt (O.-S.), Nürnberg, Offenbach a. M., Oppeln, Pasewalk, Passau, Pforzheim, Pirmasens, Prenzlau, Quedlinburg, Ratibor, Rybnik, Sangerhausen, Schweinfurt, Senftenberg, Sorau (N.-L.), Spremberg, Stargard i. P., Stettin, Stuttgart, Trier, Wald (Rhld.), Weilburg, Wetzlar, Wiesbaden, Worms, Würzburg, Zeitz, Züllichau,**
oder in **Bremen** bei der **Deutschen Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien,**
" **Coblenz** bei Herrn **Leopold Seligmann,**
" **Dortmund** bei der **Deutschen Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien.**
" **Dresden** bei den Herren **Albert Kuntze & Co.,**
" **Essen a. d. Ruhr** bei Herrn **Simon Hirschland,**
" **Frankfurt a. M.** bei den Herren **Otto Hirsch & Co.,**
" **Glogau** bei Herrn **H. H. Fliesbach's Wwe.,**
" **Grünberg i. Schl.** bei Herrn **H. H. Fliesbach's Wwe.,**
" **Königsberg i. Pr.** bei der **Ostbank für Handel u. Gewerbe,**
" **München** bei den Herren **Merck, Finck & Co.**

Berlin und **Darmstadt**, den 21. Juni 1920.

Bank für Handel und Industrie.

v. Simson. Andreae.

Stiller Teilhaber

von hiesiger Metallwaren-Großhandlung

mit ca. 30 Mille

per sofort gesucht. Hohe Verzinsung sowie beste Gewinnchancen garantiert. Gefl. Offerten erbeten unter **Z. 2968** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Piano,

tadellos hergerichtet, für **3000 Mk. zu verkaufen. Slawik & Staudt,** Große Wallstr. 8.

Moderne Kleidung

wirkt nur vornehm im Verein mit tadellos geputztem Schuhwerk. Der moderne Mensch gebraucht daher mit Vorliebe „Ankerlin" das in nur wenigen Augenblicken allem Schuhwerk ohne sonderliche Mühe unvergleichlichen, vornehmen Glanz verleihen kann. —

Fabrik: Schmitt & Förderer Cassel-W.

Generalvertretung für Halle a. S. **Richard Rellus, Wilhelmstr. 31 II.**

Städt. Solbad Wittekind.

Bei gutem Wetter
Mittwoch, den 23. Juni 1920, abds. 8 Uhr

Gr. Streichkonzert,

ausgeführt von dem bedeutend verstärkten

Philharmonischen Orchester.

Leitung: Gastdirigentin

Ludmilla Gehrecke.

Eintrittspreise:
Erwachsene 2.— Mk., Kinder 1.50 Mk.
Inhaber von Dauerkarten haben freien Eintritt.

Apollo-Theater Tägl. abds. 8 Uhr

„Die Erbtante"

Posse i. 3 Akt. v. E. Treller.

Gastspiel von **Fritz Thurm-Silvare.**

In den Hauptrollen:
Paul Beckers und **Fritz Thurm-Silvare**

Stadt-Theater

Donnerstag, 24. Juni, Anfang 6. Ende 11:
Die Meistersinger von Nürnberg.
Freitag:
Emilie Galotti.

Ausschneiden und Aufbewahren!

Hallischer Hausfrauenbund, e. V.

Häusliche Nothilfe.

Anmeldung von **Helferinnen und Hilfesuchenden Dienstag, Mittwoch und Freitag vormittags von 10—12 Uhr.**

Lehrkurse

f. Wäscheausbesserei u. Straßenschuhherstellung. Anmeldungen hierfür **Montag, Mittwoch und Donnerstag von 10—12 Uhr.**

Hallischer Hausfrauenbund, e. V.

Donnerstag, den 24. Juni,

gemeinsamer Spaziergang.

Treffpunkt Hallmarkt 3½ Uhr.
Beteiligung aller Mitglieder dringend erwünscht.

Freitag, den 25. Juni 1920, abends 8 Uhr

Wohltätigkeitskonzert

in der Moritzkirche,

veranstaltet vom **Vokalquartett-Halle.** (Luise Naundorf, Helma Baer, Hermann Schaaf, Kurt Mederkorn) unter fr. Mitw. von Gertrud Schiborr, Violine; Otto Schwendler, Cello; Adolf Wieber, Orgel; Paul Bösiger, Klarinette. Karten bei Hothan u. an der Abendkasse zu 4, 2, 1 Mk. Der Reinertrag wird verwandt zum Bau eines Gemeindehauses in der Moritzgemeinde.

Schweineschmalz,

Ia. nordamerik., per Pfund **18.75** in Kisten zu 25 Pfund netto.

Ia. ges. Speck

p. Pfd. 18.— ab Nossen gegen Nachnahme.

Handrick & Schade, Nossen. Telef. 110.

Hohenzollernhof

(Grand-Hotel), Magdeburgerstr. 65.

Heute Dienstag

Tanzabend.

Wratzke & Steiger, Hoflieferanten, Poststr. 9/10.

Juwelen — Gold — Silber.

Eisen-Moorbad Düben a. Mulde.

Neuzeitlich eingerichtet. Hervorragende Kurerfolge. Billige Verpflegung. Prospekte und Auskunft durch die Badeverwaltung.

Statt Karten.

Die glückliche Geburt eines gesunden, kräftigen **Mädelchens — Anna —** zeigen hocherfreut an

Walter Kramer und Frau
Margarete geb. Schulz.

Halle, Lafontainestr. 25, 22. Juni 1920.

Statt besonderer Anzeige.

Die Geburt eines

kräftigen Jungen

zeigen an

Hauptmann Karl Oesterreich u. Frau Hanni Oesterreich
geb. Glimm.

Rittergut Brachstedt, d. 19. Juni 1920.

Ihre am 17. Juni 1920 vollzogene **Vermählung** beehren sich anzuzeigen

Rudolf Beyse und Frau
Susanne geb. **Hachenberger.**

Freigut Annarode bei Mansfeld.

Fr. z. St.

27. VI. 1 Uhr
I. A. F. T.

Angebot!

Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen

in einfacher bis ganz reicher Ausführung.

Reichhaltigste Auswahl!

Möbelfabrik

Albert Martick Nachf.

Inh. **Richard Ziemer,**

Halle a. S., Alter Markt 2.

Sommersprossen,

Hautunreinigkeiten entfernt

Hera-Creme.

Engel-Apotheke, Kleinschmieden 6. - Postversand.

Bei

Hautjucken, Krätze

Draesels Perusalbe.

Dose Mk. 5.—. Versand: Grüne Apotheke, Erfurt

Am 21. Juni endete ein sanfter Tod das reiche Leben unserer lieben Mutter, der **Frau Professor**

Minna Haym

geb. **Dzondi.**

Professor Dr. Hans Haym
Mathilde Schmidt-Haym
Helene Heuckenkamp.

Beerdigung Donnerstag 3 Uhr auf dem Neumarktfriedhof. Beileidsbesuche freundlichst dankend abgelehnt.

Statt Karten.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluss entschlief plötzlich und unerwartet mein herziges Kind

Fritzchen.

Er folgte seiner, mir so früh entrissenen Mutter nach 8 Monaten in die Ewigkeit.

Im tiefsten Schmerz

Fritz Kreyser.

Gröbers, den 19. Juni 1920.

Beerdigung Donnerstag, den 24. 6. 20, 3 Uhr nachmittags auf dem Friedhof zu Osmünde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006222-16/fragment/page=0004

Halle und Umgebung

Halle, 22. Juni.

Unabhängige Rechtsauffassung

Ein Nachwort zur gestrigen Stadtverordnetensitzung.

Die Halleschen Stadtväter der äußersten Linken sind wahrlich mehr als unabhängig von mancherlei Begriffen und Gepflogenheiten des rechtlichen und gesellschaftlichen Lebens. Der unparlamentarischen Ausdrucksweise dieser Herren ist an dieser Stelle bereits des öfteren Erwähnung getan worden; welchen Lohn indessen gestern der Stadtv. Hildebrandt (U. S. P.) dem Bürgermeister Seydel gegenüber anschlug, war geradezu unerhört. Dann aber gewährte die gestrige Stadtverordnetensitzung einen recht interessanten Einblick in die Rechtsauffassung der U. S. P. gelegentlich der nahezu dreistündigen Aussprache über den Fall Rive. Es war da vielfach die Rede von den Rebellen, die während des Kapp-Putsches Recht und Gesetz mit Füßen getreten hätten; wohlgemerkt das Recht und Gesetz, das die Regierung Ebert-Bauer verkörperte. Als dann aber dieselbe Regierung zum Generalstreik und zum Kampf gegen Kapp-Lüttwitz aufgerufen hatte, da sollte plötzlich nach Herrn Bocks (U. S. P.) Ansicht jenes Recht und Gesetz nicht mehr vorhanden sein. Also bestand der Belagerungszustand nicht mehr, also unterstand die Polizei und ihr Chef nicht mehr den Militärbehörden, also sind sie schuldig.

Ein weiteres Beispiel unabhängiger Rechtsauffassung und „Logik". Bisher war es Rechtsbrauch, daß ein Disziplinarverfahren, das eingestellt worden war — im Falle Rive aus Mangel an belastendem Material —, nicht wieder aufgenommen werden kann. Was aber tat Herr Osterburg (U. S. P.), als ihm diese Eröffnung gemacht wurde? Er schlug mit der geballten Faust auf den Tisch und erklärte mit trotziger, wutbebender Stimme: „Heute noch beschließen wir, daß das Disziplinarverfahren eingeleitet wird." So also sehen in Wirklichkeit die Kämpfer für Freiheit und Recht aus. Einrichtungen und Verordnungen, die jenen Herren nicht genehm sind, werden einfach nicht beachtet bzw. umgestoßen. Dabei schimpft man aber treu und brav auf die Rebellen, die Recht und Gesetz mit Füßen getreten haben.

Zeugte schon dieses Verhalten von einer riesigen sachlichen Unkenntnis und Naivität, so bald noch mehr die Begründung des Antrages auf Einleitung eines neuen Disziplinarverfahrens gegen Dr. Rive und die übrigen städtischen Beamten. Weil man am 18. März der Bevölkerung der Stadt gemäß dem Beschlusse der sog. Achterkommission, in der freilich die beiden nationalen Fraktionen nicht vertreten waren, die Entfernung dieser Beamten versprochen habe, so müsse man jetzt dieses Versprechen halten! Die Männer, die damals unter dem Vorsitz Dr. Schreibers jenen Beschluß faßten, repräsentierten indessen keineswegs die Hallesche Einwohnerschaft — das haben die Reichstagswahlen glänzend bewiesen —, mögen sie nun auch die Verantwortung für ihr Tun tragen. Uebrigens klangen die meinenden Worte an deutsche Treue aus dem Munde eines Vertreters der Internationale nicht gerade überzeugend! Man hatte auch gestern wieder den Eindruck: nicht das Wohl der Stadt verfolgen die meisten Stadtverordneten in erster Linie, sondern persönliche und parteipolitische Interessen. Man befürchtet, jenes Versprechen nicht einlösen zu können, und so läßt der Selbsterhaltungstrieb alle anderen Bedenken zurücktreten. Mag die Stadt getrost ihren Führer verlieren, der sie jahrelang mit schwerer Hand durch manche Fährnisse geleitet hat! Was heißt heute Dankbarkeit? — Nach uns die Sintflut! — Die Partei und das Ich über die Stadt!

Herr Osterburg sprach: „Der Oberbürgermeister muß raus!" Also beschloß die Versammlung mit gütiger Unterstützung eines demokratischen Stadtverordneten, ein neues Disziplinarverfahren gegen Dr. Rive und die übrigen Beamten einzuleiten, ohne sich an das Ungeheuerliche dieses Vorgehens zu kehren. ‡

Selbstschutz der ordnungsliebenden Elemente

In der Wilmersdorfer Stadtverordnetenversammlung kam es am 17. Juni zu einer lebhaften Aussprache über die Waffen der Einwohnerwehr. Die beiden linken Fraktionen hatten folgende dringliche Anfrage gestellt:

„Nach unwidersprochenen Nachrichten haben Mitglieder der ehemaligen Wilmersdorfer Einwohnerwehr Einladungen zu Zusammenkünften erhalten. In diesen Zusammenkünften ist mitgeteilt worden, daß der frühere Führer der Einwohnerwehr, Hauptmann B., mit dem Führer der Sicherheitswehr in Verbindung getreten sei, um diese im Fall eines von den Linksparteien ausgehenden, angeblich bevorstehenden Putsches zu unterstützen. Ist dem Magistrat etwas von diesen Zusammenkünften bekannt? Was gedenkt der Magistrat gegen diesen Mißbrauch der Sicherheitswehr zu unternehmen? Befinden sich noch Waffen in der Hand von früheren Mitgliedern der Einwohnerwehr? Was gedenkt der Magistrat zu tun, um diese Waffen in seinen Besitz zu bekommen und vor dem Zugriff Unbefugter zu bewahren?"

Zur Begründung betonte Stadtv. H. (Mehrheitssoz.), daß eine große Anzahl von Waffen sich noch im Besitze von früheren Mitgliedern der Einwohnerwehr befänden und daß der Magistrat verpflichtet sei, restlos die Waffen abzufordern, damit sich die Leute nicht zu einem neuen Putsch zusammenfinden könnten. Bürgermeister B. erwiderte, daß beim Abbau der Einwohnerwehr nur ein Teil der Mannschaften die Waffen abgeliefert habe, die dann der Sicherheitswehr übergeben seien. Der Magistrat habe bei dem Minister des Innern über die weitere Abgabe der Waffen, die sich im Besitze der nach Dienst tuenden Wehrleute befänden, angefragt und den Bescheid erhalten, erst die weiteren Ausführungsbestimmungen abzuwarten und einstweilen den Mitgliedern die Waffen zu belassen. Der Magistrat habe hierzu Stellung genommen und in einer nochmaligen Eingabe den Minister um Entscheidung ersucht, damit nicht Waffen in den Händen von Bürgern blieben. Hinsichtlich der Putschgerüchte sei der Magistrat nicht orientiert und nicht in der Lage, Feststellungen zu machen. Im übrigen handele es sich um staatliche Aufgaben, da die Fürsorge für die Sicherheit der Bürgerschaft Sache des Staates und Reiches seien. Die Gemeinden könnten nur Anregungen geben. Stadtverordnetenvorsteher F. (Freie Vg.) gab das Zustandekommen ehemaliger Mitglieder der Einwohnerwehr zu, was ihnen doch niemand verwehren könne. Es sei auch anzunehmen, daß sich bei einem Teil noch Waffen befänden, genau so wie bei den Angehörigen der linken Parteien. Wenn sämtliche Deutsche, auch die Linken, sich verpflichten würden, die Waffen abzugeben, dann würde man Ruhe haben. Solange die Waffenabgabe aber nicht erfolge, könne man es den Bürgerlichen nicht verdenken, wenn sie auch Waffen behielten, um sich nicht waffenlos dem Terror der Linken auszuliefern.

Wir geben unseren Lesern von diesen Verhandlungen Kenntnis, um auch die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Halle anzuregen, in gleicher Weise für die Berechtigung der Bürgerschaft (worunter wir alle ordnungsliebenden Elemente verstehen), sich selbst zu schützen, mit Energie einzutreten.

Deutschnationaler Volksverein Halle u. Saalkreis

Die augenblicklich an den Anschlagsäulen befindliche Ankündigung des Vortrages Ritter hat uns von Seiten unserer Mitglieder verschiedene Anfragen gebracht, dahingehend, ob wir den bisher in so wirksamer Weise geführten Plakatkampf aufgeben und an seine Stelle trockene und freudlose Ankündigungen setzen wollten. Zur Aufklärung seien deshalb einige Worte dazu gesagt:

Wir denken gar nicht daran, unsere schneidigste Waffe ruhen oder gar rosten zu lassen, sondern wollen nach wie vor immer und immer wieder auf die faulen Wunden an unserem Volkskörper hinweisen, bis alle Schichten der Bevölkerung die Wahrheit erkannt haben. Wir hatten auch schon verschiedene Plakate in Druck gegeben, mußten jedoch den Anschlag zurückziehen, weil die hiesige Polizeiverwaltung vom Ministerium des Innern angewiesen worden ist, ihr schärfstes Augenmerk auf die Plakatsäulen zu richten, d. h. nur solche Anschläge zu gestatten, die dem § 10 des Pressegesetzes von 1874 entsprechen. Danach dürfen nur solche Plakate veröffentlicht werden, die Anpreisungen von Waren und Ankündigungen von gesetzlich erlaubten Versammlungen enthalten. So versuchten wir denn, diese Ankündigungen in möglichst schmackhafte Formen zu bringen; aber jedes Wort, das gegen den § 10 verstieß, mußte fortfallen, bis dann das erwähnte trockene Gerippe übrig blieb. Wir geben nachstehend eine Probe eines „verworfenen" Anschlages:

Revolution

auf Revolution folgten einander. Das Oberste ist nach unten und das Unterste nach oben gekehrt. Gekrönte Machthaber sind gestürzt; dafür sind Machtlüsterne nach oben gekommen, und wollen nach ganz

neuen Ordnungen

Heil und Gedeihen bringen. Ein

Umsturzplan

stürzte den andern, ein

Putsch

putschte den andern, und ein

Streik

nach dem andern begann unser Wirtschaftsleben zu töten. Was hat's geholfen? — Sind wir nun glücklicher, besser, freier? —

Nun soll der

Bolschewismus die letzte Rettung

sein. — Ja, das Letzte ist er; aber nicht Rettung, sondern Untergang, Zerstörung der letzten aus besserer Zeit herübergerettelten Kraft.

Er bedeutet das Ende!

Verworrene, wüste Trümmerhaufen werden der Rest deutscher Macht und Größe sein!

Woist Rettung? Wie finden wir den Ausweg?

Abgeordneter Dr. Ritter,

der tiefdenkende, klarschauende Politiker, wird uns Wege zeigen, die gangbar sind und zum Aufstieg führen.

Ritter spricht am Donnerstag, den 24. Juni, abends 8 Uhr im „Thaliasaal" (Geiststraße) usw.

Mit diesem Entwurf sind wir von Pontius zu Pilatus gelaufen, haben es gedreht und gewendet nach allen Richtungen, den Anfang an den Schluß gesetzt, oder die Mitte nach oben gebracht: es half trotzdem nichts! —

Und da die großen Geschäfte in der Leipziger Straße, die zur Füllung unserer Walhalla-Versammlungen an Arbeiter Hundertmarkscheine verteilen, oder zur künstlerischen Ausschmückung des Ruge-Vortrages einen Handwagen voller Kinder-Musikinstrumente unentgeltlich liefern, um auf ihre fromme Weise politische Aufklärung zu treiben, unsere Plakate wohl kaum in ihren Schaufenstern zum Aushang bringen würden, müssen wir vorläufig — bis wieder freiere Zeiten einkehren! — republikanisch trocken bleiben.

Trotz- und alledem wird Ritter am Donnerstag vor einem vollen Saale sprechen. e.

Der letzte Streik und die Technische Nothilfe

Der Landesbezirk Sachsen-Thüringen der T. N. schreibt uns:

Als am vergangenen Freitag plötzlich das elektrische Licht versagte und sich herausstellte, daß die Stromlieferung der Stadt infolge eines Streiks ausgeschaltet war, wird mancher gefragt haben: Wo bleibt die Technische Nothilfe? Tatsächlich ergingen von den verschiedensten Seiten her an den Landesbezirk Hilferufe und es erscheint daher unvermeidlich, hier die Gründe auseinanderzusetzen, die der Technischen Nothilfe den gewiß von vielen Seiten sehnlichst erwarteten Einsatz unmöglich machten. Von vornherein sei betont, daß technische Bedenken nicht vorliegen konnten. Wohl war nach den der Technischen Nothilfe beim Reichsministerium des Innern gegebenen Richtlinien der Einsatz der Technischen Nothilfe gerechtfertigt und tatsächlich waren auch alle Vorbereitungen zum Einsatz getroffen und die schon oft erprobte Mannschaft wartete, bereits alarmiert, nur auf den Befehl zum Einsatz.

Die nach den neueren gesetzlichen Bestimmungen auch während des Ausnahmezustandes zuständige Regierungsbehörde hatte sich im Prinzip zum Erteilen des Einsatzbefehls bereit erklärt, machte aber zur Voraussetzung, daß von seiten des Magistrats der Stadt Halle der Einsatz der Technischen Nothilfe angefordert oder doch zum wenigsten ein in Halle eingetretener Notstand festgestellt werde. Die Regierung stellte sich dabei auf den richtigen Standpunkt: Die Notlage Halles richtig zu erkennen und zu mildern, sei Sache des Magistrats, denn dieser müsse den Umfang der Notlage weit besser beurteilen können, als es der Regierung möglich sei.

Daß der Magistrat es vorzog, auf dem Verhandlungswege mit der Arbeiterschaft des Elektrizitätswerkes zur Wiederaufnahme des Betriebes zu gelangen und den Einsatz der Technischen Nothilfe zu vermeiden suchte, mag in seiner Zusammensetzung und in den Schwierigkeiten, die ihm im Stadtparlament daraus erwachsen könnten, begründet sein. Es ist ja leider eine in Halle nur zu bekannte Tatsache, daß in weiteren Kreisen der Arbeiterschaft trotz aller erschöpfenden Aufklärungen die Technische Nothilfe als eine verabscheuungswürdige Organisation hingestellt wird, die mit allen Mitteln zu bekämpfen sei.

Die Technische Nothilfe drängt sich nicht zu einem Einsatz und hat es deshalb mit Freuden begrüßt, daß es dem Magistrat gelang, die Verhandlungen in verhältnismäßig kurzer Zeit zum günstigen Ausgang zu führen. Ob aber nicht schon während dieser kurzen Betriebspause des Elektrizitätswerkes nicht wieder gut zu machende Schäden entstanden sind, kann der Landesbezirk nicht beurteilen. Dieses festzustellen, kann allein Sache der etwa Betroffenen sein.

Warum streikte das Personal des Elektrizitätswerkes?

Vom Vorsitzenden des Betriebsrates des Städtischen Elektrizitätswerkes wird uns geschrieben:

Das Personal, ein seit vielen Jahren beschäftigtes, hatte in den Gründerjahren des Werkes, wo das Werk nicht rentabel war, große Dienste geleistet durch Ueberarbeit. Man wollte ihm Entschädigungen zukommen lassen, wenn das Unternehmen sich rentierte, wie es heute der Fall ist. Das Personal war nach der Revolution mit den anderen städtischen Arbeitern auf eine Stufe gestellt, was immer Anlaß zu Unfrieden gab. Das Personal der Elektrizitätswerke muß gut geschult sein, da es nicht allein körperlich schwere, sondern auch geistige Arbeit verrichten muß. Es muß aus Qualitätsarbeitern bestehen, denn alle Arbeiten unter Strom, Bedienung der Apparate können nur einwandfreiem und erfahrenem Personal in die Hände gelegt werden, wenn nicht durch ungeübtes Hantieren ein Millionenschaden entstehen soll. Die Betriebsarbeit ist gerade in diesem Jahr, wo die Aschenförderung im Umbau ist und die Kessel zur großen Revision freigelegt werden müssen, eine äußerst schwere und ungesunde Arbeit. Aus anderen städtischen Betrieben herangezogene Hilfskräfte hielten sie nicht lange aus, obwohl man ihnen für 8 Stunden 10 bezahlte. Der Gewerbeinspektor, die Ingenieure vom Dampfkessel-Revisions-Verein, Aerzte und auch Deputationsmitglieder waren nach Besichtigung des Werkes von den Anforderungen, welche an das Personal gestellt werden, überzeugt und erkannten ihre Stellungnahme für gerechtfertigt an. Auch gibt es in diesem Werke Vergünstigungen, wie sie in den anderen städtischen Betrieben heute noch zu finden sind, nicht, wie Lieferung von Kleidung, Freifahrtscheine, Trinkgelder und Nebenverdienst durch die Art der Beschäftigung leicht mit zu verrichtenden Arbeiten. Die Arbeitskraft der Elektrizitätsarbeiter wird voll und ganz im Betriebe aufgebraucht und jegliche Nebenarbeit ist ausgeschlossen. Diese aufreibende Nervenarbeit bringt Berufskrankheiten, Herz- und Nervenleiden, mit sich und ein frühzeitiges Altern. Nur eine auskömmliche Ernährung, die durch einen entsprechenden Verdienst erzielt werden kann, kann diese Sache beseitigen. Solange wie in solchen Betrieben andere Zulagen nicht gewährt werden, müssen finanzielle Qualitätszulagen bezahlt werden. In derselben Lage befinden sich auch die Meister, welche sich auch geschlossen an dem Streik beteiligten. Auch die anderen technischen Beamten sind bis heute nicht befriedigt. Der Magistrat und Gewerkschaften wurden von der Sachlage überzeugt, und nur ein bischen Entgegenkommen konnte diesen Streik verhindern, der doch dem ganzen Wirtschaftsleben geschadet hat. Die Betriebsleitung des Werkes war von Anfang an geneigt, ihrem Personal zu helfen, da es der Etat erlaubt. Die Kilowattstunde ist um 70 Pfg. erhöht, obwohl zu den Arbeiterforderungen nur 4 Pfg. benötigt werden. Der Strompreis in Halle beträgt durchschnittlich heute noch 1,60 Mk. pro Kilowattstunde, während in anderen Werken längst 3,50 Mk. genommen und die Ueberlandzentrale jetzt 4,50 Mk. fordern wird. An diesem guten Geschäftsgang, der im letzten Jahr 970 000 Mk. Gutshaben brachte, hat auch die Arbeiterschaft ihren Anteil mit beigetragen. Die neuen bereinbarten Löhne sind: Handwerker 5,45 Mk., Angelernte 5,35 Mk., Ungelernte 5,25 Mk., Frauen 3 Mk. pro Stunde.

Zum Gehalts- oder Lohnabzug für Steuerzwecke

Der Magistrat schreibt uns:

In einem großen Teile der Bevölkerung hat wegen des mit dem 25. Juni 1920 einsetzenden Gesetzes bezw. Lohn-Abzugs von 10 Proz. eine gewisse Erregung Platz gegriffen. Insbesondere tragen dazu Ausführungen in verschiedenen Zeitungsartikeln bei. So wird z. B. ausgeführt, der Arbeitnehmer habe die Steuer zweimal, nämlich zunächst den Abzug von 10 Proz. und dann nochmals die veranlagte Steuer zu entrichten. Diese Annahme ist unzutreffend, wie jeder ohne weiteres aus den §§ 7 und 8 der Anleitung zum Gebrauch der Steuerkarte (vergl. deren Umschlag) ersehen kann. Es empfiehlt sich daher, allen angebliche besondere Härten und Unebenheiten der neuen Reichseinkommensteuer behandelnden Artikeln mit Vorsicht zu begegnen und sich in Zweifelsfällen an die zuständigen Amtsstellen zu wenden.

Wie wenig Grund zu einer Beunruhigung tatsächlich vorhanden ist, erhellt daraus, daß die neue Reichseinkommensteuer gerade bei den kleinen und mittleren Einkommen nahezu um die Hälfte niedriger ist als die bisherigen Staats- und Gemeinde-Einkommensteuern zusammen, an deren Stelle die neue Steuer tritt. Nachstehende Uebersicht zeigt den Unterschied zwischen den bisherigen und jetzigen Einkommensteuern bei den hauptsächlich in Frage kommenden Einkommen von 6000 M. bis 15 000 M. veranschaulichen. Ausgegangen ist von einer dreiköpfigen, aus Mann, Frau und einem Kind bestehenden Familie.

Steuerjahr 1919

Einkommen	Staats- und Gemeinde-Steuer		
6 000 M	(182,40 + 613,20)	=	795,60 M
8 000 „	(275,60 + 899,30)	=	1174,90 „
10 000 „	(450,00 + 1310,40)	=	1760,40 „
12 000 „	(540,00 + 1572,48)	=	2112,48 „
15 000 „	(720,00 + 2002,40)	=	2723,40 „

Steuerjahr 1920 und folgende

Reichssteuer	anstelle von Staats- und Gemeinde-Steuer
869,00 M	
645,00 „	
961,00 „	
1355,00 „	
1970,00 „	

Die alten Tarife werden von dem neuen erst bei etwa 25 000 Mark erreicht und bei höheren Einkommen allerdings erheblich überflügelt.

Die Nahrungsmittelversorgung in Halle

— **Städtischer Verkauf von Brakfett (kein Pflanzenfett)** in der Talamtschule am Mittwoch, den 23. Juni. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 18 001 bis 22 500 vormittags von 8 bis 12 Uhr. und di Inhaber der Nummern 22 501 bis 27 000 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Es kann an jede Person eines Haushaltes ½ Pfund zum Preise von 9 Mark für das halbe Pfund abgegeben werden.

— Der Lebensmittelschein ist vorzulegen.

— **Städtischer Verkauf von weißen Bohnen mit Fett** in der Talamtschule am Mittwoch, den 23. Juni. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 37 001 bis 44 000 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 44 001 bis 53 000 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Es werden an jede Person eines Haushaltes zwei Dosen zum Preise von 2 Mark die Dose abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen.

— **Städtischer Verkauf von Trockenei** (4. Sonderverteilung) in der Talamtschule am Mittwoch, den 23. Juni. Zugelassen zum

Gib Deine Grenz-Stimme für die Volksabstimmung
dem Deutschen Schutzbund
Annahmestelle:
Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006222-16/fragment/page=0005

Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 18 001 bis 22 500 vormittags von 8 bis 12 Uhr, und die Inhaber der Nummern 22 501 bis 27 000 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Für jede Person eines Haushalts werden 50 Gramm zum Preise von 4 Mark abgegeben. 50 Gramm Trockenei entsprechen der Güte von 5 Eiern. — Der Lebensmittelschein ist vorzulegen.

— **Verkauf von Knochenbrühe, Tee und Weißkohl.** In der städtischen Verkaufsstelle — Talamtschule — kommt freihändig Knochenbrüh-Extrakt in 500 Gramm-Dosen zu 2,50 Mark, feinster schwarzer Tee in ¼-Paket zu 4 Mark, in ½-Paket zu 2 Mark, Weißkohl in 1 Kilo-Dosen zu 1,60 Mark zum Verkauf.

— **Städtischer Verkauf von Käse** in der Talamtschule am Mittwoch, den 23. Juni. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 20 001 bis 22 500 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 22 501 bis 23 500 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Es werden an jede Person eines Haushalts 70 Gramm zum Preise von 90 Pfg. abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen.

— **Städtischer Verkauf von Kerzen** in der Talamtschule am Mittwoch, den 23. Juni. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 37 001 bis 44 000 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 44 001 bis 53 000 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Es können an jeden Haushalt drei Kerzen zum Preise von 4 Mark für drei Stück abgegeben werden. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

— **Die Inhaber von Apotheken und Drogengeschäften** werden hierdurch aufgefordert, am Mittwoch, den 23. Juni, während der Dienststunden von 8 bis 12½ Uhr vormittags im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 3. Obergeschoß, Zimmer 37, die Bezugsscheine für Saccharin abzuholen. Ein Ausweis ist mitzubringen. Es wird darauf hingewiesen, daß für jede Person eines Haushaltes drei Pakete abgegeben werden.

— **Weniger Zucker!** Die Provinzialzuckerstelle hat die Zuckermonatsmenge für den Monat Juli für die Provinz Sachsen auf 500 Gramm für die Person festgesetzt, das sind 125 Gramm weniger als bisher.

— **Untersuchung der aus der Schweiz zurückgekehrten Kinder.** Die Nachuntersuchung der am 11. und 18. Juni aus der Schweiz zurückgekehrten Kinder findet am Mittwoch, den 23. d. M., um 12 Uhr im städtischen Gesundheitsamt, Schmeerstraße 1, statt. Gesundheitsbogen ist mitzubringen.

Lebensmittelpreise. Zu unserer Notiz vom 20. Juni fügen wir ergänzend hinzu, daß sich in Halle eine langsame Senkung der Lebensmittelpreise bemerkbar macht. Wie uns von einer hiesigen Firma mitgeteilt wird, kann man Kaffee und Kakao auch schon in Halle zu 24 M. das Pfund kaufen. Immerhin sind die Preise in Dresden, Erfurt und in anderen mitteldeutschen Städten doch noch billiger.

— **Russische Kriegsgefangene** dürfen sich nicht ohne Ausweispapiere außerhalb ihrer angewiesenen Wohnung aufhalten und sich nicht bei Privatpersonen einmieten.

— **U.-T.-Lichtspiele, Leipziger Straße 88.** Der Spielplan dieser Woche bringt „Die sterbende Salome", ein sensationelles Künstlerdrama in 4 Akten. In der Titelrolle tritt Carla Ferra auf, die das Publikum durch ihre ziemlich „unverhüllte" Wildheit in atemloser Spannung hält. Ob es wirklich nötig ist, in einem einzigen Drama soviel Szenen von brutaler Sinnlichkeit und zügelloser Leidenschaft anzuhäufen? Die Auftritte der hysterischen Salome mit ihren Liebhabern und besonders mit dem liebestollen Künstler Gibbon (Albert Steinrück) könnten bei mancher Film-Heldin den Bedarf eines ganzen Jahres decken. Immerhin trägt das Laufbild den Bedürfnissen der Menge Rechnung und zeigt auch sonst wohlgelungene Naturaufnahmen. Ein Lustspiel mit Paul Heidemann als „S. M. der Reisende" und Hauptspaßmacher geht dem Drama voran und erheitert die Zuschauer auf das beste. k.

— **U.-T.-Lichtspiele, Alte Promenade.** „Das große Licht" nach Felix Philippis Schauspiel ist ein in jeder Beziehung erstklassiger Film, an dem wirklich alles gelungen ist. Emil Jannings als Baumeister bietet eine große Leistung, eine jener urwüchsigen Gestalten, an denen man seine helle Freude hat. Eine prächtige Type ist der alte Organist, den uns Dr. Max Pohl beschert. Margarete Schön fesselt durch ihr schlichtes, verinnerlichtes Spiel. Selbst das anspruchsvollste Publikum wird durch die gediegene Darstellung voll befriedigt.

— **Bad Wittekind.** Bei gutem Wetter findet morgen, Mittwoch, abends um 8 Uhr ein großes Streichkonzert von dem verstärkten Philharmonischen Orchester statt, dessen Leitung der bekannten Geigendirigentin Ludmilla Gehrecke übertragen worden ist. Die abwechslungsreiche Vortragsfolge enthält ausgewählte Werke erster Tonmeister. Auch die leichtere Muse wird unter der Stabführung der schneidigen Dirigentin in der bekannten Weise zur Geltung gebracht werden. Der Besuch dieses Konzertes wird allen Musikfreunden wärmstens empfohlen. (Siehe Anzeige.)

— **Der Hochschulring deutscher Art, Halle,** der kürzlich an unserer Universität gegründet worden ist, hält heute abend um 8½ Uhr in den „Weißbierhallen", Bernburger Straße, seine erste Zusammenkunft ab.

Vereinsnachrichten.

— **Der Elternbeirat der Pestalozzischule** hält am Donnerstag, den 24. d. M., abends 8 Uhr in der Turnhalle der Alten Volksschule (Neue Promenade 13) einen allgemeinen Elternabend ab. Herr Rektor Breitbarth wird einen Vortrag halten über „Warum müssen Schule und Elternhaus sich bei der Erziehung schwachbegabter Kinder in weitgehender Weise gegenseitig unterstützen?" Der Elternbeirat erlaubt zum zahlreichen Besuch.

— **Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft, Halle.** Acker „Saalanger" Pächterversammlung Freitag, den 25. Juni im „Lindenhof" abends 8 Uhr. — Acker „Delitzscher Straße 1" Pächterversammlung Freitag, den 25. Juni, abends 8 Uhr im „Oststädter Gesellschaftshaus", Büschdorfer Straße.

— **Weinbergs-Missionsfest.** Am 23. Juni, nachmittags von 4 Uhr ab soll auch in diesem Jahre das Hallische Gartenmissionsfest stattfinden. Missionar Heil, der bis vor kurzem nach seiner Wirksamkeit in Ostafrika in englischer Gefangenschaft gewesen ist, wird die Hauptansprache halten.

— **Der Vorstand des Landw. Bauernvereins des Saalkreises** beschloß, von der Abhaltung eines Sommerfestes vorläufig Abstand zu nehmen.

Spediteur Hilmar Kaufmann, Fernsprecher 6432 empfiehlt sein
Magdeburger Strasse 57 belegenes **Privatgleis**
zur schnellsten und billigsten **An- und Abfuhr von Waggonladungen.**

Stellen-Angebote

Leistungsfähige Stuhlfabrik Sachsens sucht sofort
tüchtigen Vertreter
gegen Provision für die Provinz Sachsen und Thüringen. Nur Herren mit größerem guten Kundenkreis wollen sich melden. Gefl. Angebote unter Z. 2987 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Suche zum 1. Juli national gesinnten unverb.
Feldschutzbeamten.
Entlassener Offizier bevorzugt. Meldungen mit Gehaltsansprüchen an
Hoch, Schönewerda bei Artern.

Für Rittergut Weißenschirmbach wird erfahrener, energischer, zuverlässiger
Leuteaufseher
gesucht. Meldungen an
Graf v. d. Schulenburg-Heßler'sches Rentamt in Witzenburg.

Suche zum 1. Juli für meine 200 Morgen große Wirtschaft einen
Scholar
(Landwirtssohn bevorzugt). Familienanschluß.
Stadtgut Herzberg (Elster).

Für Schuberem-Marke „Plaisir" suchen Vertreter
Ges. Minos, Nürnberg.

Suche Landwirtstochter, welche in Stellung war als Mamsell, bei sehr gut. Behandl. u. Fam.-Anschl. für ein Gut bei Halle. Maria Wantzlöben, gewerbsmäßige Stellenvermittlerin, Dreyhauptstr. 6 I.

Stellen-Gesuche

Dame,
28 Jahre alt sucht Beschäftigung bei Arzt oder Zahnarzt gegen mäßige Vergütung. Gefl. Offerten unter Z. 2983 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Verkäufe

Maschinen-Stich- und Preß-Torf
sowie
Stubben
(Kiefern, Buchen und Eichen) liefert waggon- und kahnweise
Richard Ernst,
Berlin W. 57, Bülowstraße 48. Tel.: Amt Nollendorf 2191.

Versteigerung v. Gasthaus-Inventar
Am Freitag, den 25. d. Mts., gelangen im früher Kretzmann'schen Gasthofe an Oberröblingen a. See, Bahnstrecke Halle—Kassel, Bahnhofstraße 23, folgende Wirtschaftsgegenstände zur freiwilligen Versteigerung:
Mehrere hundert Gartenstühle und -Tische, Wiener Stühle und andere Stühle, für Vereinszimmer passend, 1 zweiarmiger Bierapparat mit Zinkunterlage, Spülkasten, Reduktor, Stechhähnen und entsprechender Rohrleitung, Gläser, 1 dreiteiliges Saalbüffet, 1 Flaschen- und Gläserrück, 1 kleiner Wandschrank, 1 Personenwage, 1 Schokoladen-Automat, 1 Spiegel, 2 Satz neue Kegel mit 8 Kugeln, 1 Holz-Wandtafel, Nischenbänke, Kleiderhaken, 1 Garderoben-Einrichtung für Saal, 1 komplette Theaterbühne, 1 Küchenschrank.
Alles in guterhaltenem Zustande.
Besichtigung der Gegenstände am Donnerstag, den 24. d. Mts., von 10 Uhr vormittags bis nachmittags 6 Uhr.
Der Besitzer.

Zur Aufhebung der Erbgemeinschaft gelangen in Halle a. S. an der Gerichtsstelle Poststraße 13 Zimmer 45 am 24. 6. 20, vorm. 10 Uhr
zwei Häuser, Mittelstr. 9/10, zur Versteigerung.
Dieselben liegen im Zentrum in verkehrsreichster Gegend, sind in tadellosem Zustande und enthalten große Läden und schöne, geräumige Wohnungen.

Hochherrschaftl. Musiksalon
bestehend aus 2 Sofas, 2 Sesseln, 4 Stühlen, 2 Hockern, 2 Fußpolster, 2 Tischen, 2 Spiegeln (dockenbuch m. Stuck), 1 großem Bild und 3 Konsoln mit Büsten, alles wie neu, Friedensarbeit, schwarz, feinster Seidenplüsch. Zu jedem Polsterstück ein neuer Leinenüberzug. Ferner 1 Bechsteinflügel (Größe 3, wie neu, schwarz, mit zum Salon passendem Klavierseffel. Alles zusammen 30000 Mk. Der Flügel allein kostet mehr.
Fritz Kahn, Querfurt.

Dynamodrähte,
1- und 2mal mit Baumwolle umsponnen, auch in größ. Abschlüssen kurzfristig lieferbar. Ebenso wird auch die Umspinnung blanker Leitungen vorgenommen.
Elektrotechn. Büro H. Pelz, Ingenieur, G. m. b. H., Gelsenkirchen, Königstr. 30. Telephon Nr. 1002.

Ein Landauer
und ein fast neuer gelber **Jagdwagen** zu verkaufen.
Weber, am Bach, Gimritz b. Wettin.

Motorwagen für Elektromotore, Transportwagen
jeder Art und Grösse fertigen in eigener Werkstatt bei kurz. Lieferzeit
Bölke & Müller,
Prösttitz, Kreis Delitzsch. Tel.: Crensitz 65.

Frei Haus und ohne Bezugsschein
liefern wir
Brennholz
Buche oder Kiefer, gesägt oder auch ofenfertig, in bekannten Qualitäten, jedes Quantum von 5 Ztr. an.
Sachse & Müller,
Fernruf 6059. Hordorferstraße 1.

Bindegarne
für Mähmaschine und Strohpresse
— bemusterte Angebote zu Diensten! —
empfehlen zu billigsten Tagespreisen
Buhler & Dehne, Halle (Saale).
Freiimfelder Str. 3 Fernruf 5345

Gute hochtragende

Kühe
stehen preiswert zum Verkauf.
Berthold Cotte,
Delitzscher Str. 6 (Viehrampe).
— Telefon 6705. —

Sofort greifbar!

Einige Weißblechschuppen und mehrere Wellblech-Autogaragen in verschiedenen Größen. Lagerliste auf Wunsch.
Gebr. Achenbach, G. m. b. H., Weidenau-Sieg 103.

2 gut erhaltene
4" Leiterwagen
mit starken Reifen preiswert zu verkaufen. Freiimfelderstr. 7.

Kaufgesuche

Zweifamilienhaus (Villa)
mit Garten und Stallung, im Norden der Stadt gelegen, sof. zu kaufen gei. Angeb. unt. B. B. 1786 an Rudolf Mosse, Brüderstraße 4, erbeten.

Flaschen,
neu und gebr., 1/10 u. 1/1 Lit., Kruppals- u. schlanke Form, ferner alle Arten Weinflaschen, jed. nur sortiert, kaufen möglichst waggonweise franko Stat. Groß-Hamburg
Carl J. Kulick & Co., Wandsbek-Hamburg.

Gutes dauerhaftes Gummiband, Krumpfkauf. mad. Schneeflacht., Gr. Steinstr. 84

Tapeten
in großer Auswahl.
Walter Sommer,
Leipzigerstr. 82. Tel. 3362

Suche Posten diesjähr.
Lämmer.
Gewicht und Preisangabe erbeten.
Wilhelm Schloß.
Telefon 1339.

Miet-Gesuche

Kinderloser Offizier der Stch.-Polizei sucht
3-Zimmerwohnung
mit Küche, Bad nicht unbedingt erforderlich, jed. erwünscht. Angebote an Schaal, Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Verloren

Verloren
ein goldenes
Kettenarmband
am Sonntag, d. 20., abds. gegen 7 Uhr auf dem Wege von Friedrichstraße 41 durch die Albrechtstraße nach Sophienstraße 36. Abzugeb. geg. Belohnung Sophienstr. 36 I.

Verschiedenes

Das von der verwitweten Senior Johanna Herbeck geb. Philippi in Schafstädt für Studierende gestiftete Stipendium im Betrage von etwa 200 Mark jährlich ist vom 1. Juli d. J. ab von neuem zu verleihen. Berechtigt zum Empfange sind Abkömmlinge der Familien Herbeck und Philippi, eventuell Predigersöhne aus dem Bezirke des ehemaligen Domstifts Merseburg. Bewerbungen sind umgehend uns einzureichen.
Lauchstedt, den 18. Juni 1920.
Das Amtsgericht.

Soeben erschien:
Der Lohnabzug (10 Proz.) beim Reichseinkommensteuergesetz
Für den praktischen Gebrauch mit den gesetzlichen Bestimmungen, Erläuterungen, Mustern, Lohnlisten, Beispielen u. Tarifen dargestellt von Rechtsanwalt Dr. Fritz Koppe, Berlin.
Tritt am 25. Juni in Kraft!
Steuerkarten! Steuermarken! Listensystem!
Preis M. 4.20 u. Buchhändler-Teuerungszuschl.
Unentbehrlich für jeden kaufmännischen, industriellen und gewerblichen Betrieb!
Industrieverlag Spaeth & Linde, Berlin C. 2, Königstraße 52.

Grosser Preissturz in Lebensmitteln!
Wir offerieren freibleibend! Engros-Preise!
Ia amerik. Schweineschmalz, Fahrware . . . per Pfd. Mk. 18.00
Blockware, pure lard . . per Pfd. Mk. 18.75
Ia fetten und mageren Salzspeck, nicht ranig . . . . . per Pfd. Mk. 16.75
Ia Rauchspeck . . . . . per Pfd. Mk. 18.25
ferner: Kond. und steril. Milch, Hülsenfrüchte, Armee- u. Fleischkonserv. zu fabelhaft bill. Preisen, sowie Kaffee, Tee, Kakao und vieles mehr. — Bed. nur gegen Vorausbezahlung. Strenge reelle Bedienung! Nachnahme ausgeschlossen.
Lebensmittelhandlung Marx & Co., Bad Homburg.
Telephon 125 u. 307. — Telegr.-Adr.: Delikat.

Fahrradbereifung
erstklassige Ware
sofort greifbar abzugeben.
Löhr & Becker, Koblenz.
Tel. 217 u. 384. Telegr.-Adr.: Löhrbecker.

Offeriere freibleibend:
Ia. Schmalz 18.50 Pfund Mk. Ia. Margarine 13.50 Pfund Mk.
Cigarren, rein Uebersee-Tabak,
verstaubt, elegant in Holzkistchen zu 50 Stück, Mk. 80.—, 90.—, 100.— u. 120.— pro 100 St.
— Versand unter Postnachnahme.
Aug. Strauß, Stolberg II (Rhld.).

Wir bitten unsere Leser ergebenst, alle Einkäufe u. sonstigen Besorgungen nur bei den Inserenten der „Hallischen Zeitung" vorzunehmen zu wollen.

Mitteldeutsche Privat-Bank, A.-G., Filiale Halle a. S., Poststrasse 12. Tel. 1382, 1383, 1692. Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006222-16/fragment/page=0006